Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

# Badische Landes-Zeitung. 1870-1918
# 1900

301 (2.7.1900) Abendblatt

Visual Library

**Ausgabe:**
Wöchentlich zwölf mal.
**Abonnementspreis:**
Vierteljährlich:
in Karlsruhe durch eine Agentur bezogen: 2 Mark 50 Pf., in das Haus gebracht: 2 Mark 80 Pf., durch die Post ohne Zustellgebühr 2 Mark 50 Pf Vorauszahlung.

Redaktion und Expedition:
Hirschstraße 9.

Telephonanschluß Nr. 401.

# Badische Landeszeitung

mit Badischem Museum, Parlamentsausgabe und Verlosungsbeilage.

**Anzeigegebühr:**
Die 1spaltige Kolonelzeile od. deren Raum für Lokal-Inserate 15 Pf., für auswärtige Inserate 20 Pf., im Reklameteil 60 Pf. Bei größeren Aufträgen entsprechenden Rabatt.

**Bemerkungen:**
Unbenützt gebliebene Einsendungen werden nicht aufbewahrt und können nachträgliche Honoraransprüche keine Berücksichtigung finden.

**Nr. 301.** Karlsruhe, Montag, 2. Juli 1900. **Abendblatt**

## Badischer Landtag.

106. öffentliche Sitzung der **Zweiten Kammer.**

⊟ **Karlsruhe**, 2. Juli.

Präsident **Gönner** eröffnet die Sitzung gegen ½10 Uhr.

Am Regierungstisch: Minister Dr. Eisenlohr und Ministerialrat Glockner.

**Beratung der Anträge zur Verfassungsänderung.**

Abg. Dr. **Heimburger** berichtet über die Anträge der Abg. Wacker u. G. über die Einführung des direkten Wahlrechts; eine Einigung sei in der Kommission nicht erzielt worden, da die Minderheit derselben Kautelen gestellt, mit der sich die Mehrheit nicht einverstanden hat. Zur Annahme stehen die Anträge Wacker und ev. Dreesbach auf Einführung des direkten Wahlrechts auf der Grundlage des Proportionalsystems. Auf die Anträge brauche er nicht näher einzugehen, da sie hier wiederholt besprochen; unannehmbar sei der nationalliberale Vorschlag gewesen, die Bürgerausschüsse zu Wahlkörpern für die Landtagswahlen in den fünf größten Städten einzusetzen, so daß eine Verständigung vorerst nicht abzusehen ist. Auch über die Denkschrift der Regierung hat die Kommission Beschluß gefaßt und zwar dahingehend, daß die Vorschläge der Regierung nicht als Grundlage zu einer Verständigung zu betrachten seien.

Abg. Dr. **Wilckens** (nat.-lib.): Die nationalliberale Fraktion der Zweiten Kammer nimmt auf die Erklärung Bezug, welche ihre Mitglieder in der am 31. Mai d. J. abgehaltenen Kommissionssitzung abgaben. Sie stimmt nach dieser Erklärung der Einführung des direkten Landtagswahlrechtes zu, falls

1. die Städte, welche mehrere Abgeordnete direkt zu wählen haben, in Wahlbezirke eingeteilt werden, in denen je ein Abgeordneter gewählt wird,

2. bei der Wahl die relative Mehrheit im ersten Wahlgang für genügend erklärt wird, vorausgesetzt daß der Gewählte mindestens ein Drittel aller abgegebenen Stimmen erhalten hat,

3. alle vier Jahre eine Integralerneuerung der Kammer stattfindet,

4. eine Reform der Ersten Kammer im Rahmen der in der Denkschrift gemachten Vorschläge erfolgt, und

5. den Abgeordneten der Zweiten Kammer, deren Zahl im wesentlichen die gleiche bleiben soll, wie bisher, die aber künftighin direkt zu wählen wären, 7 Abgeordnete hinzutreten, welche von den die badische Staatsangehörigkeit besitzenden Mitgliedern der Bürgerausschüsse der fünf größten Städte des Landes im Wege geheimer Abstimmung gewählt werden.

Es entsprechen diese Bedingungen, insoweit sie sich auf die Einteilung der Städte mit mehreren Abgeordneten in Wahlbezirke, auf die Nichteinführung der sogenannten Stichwahlen, auf die periodische Integralerneuerung der Kammer, sowie auf die Reform des hohen Ersten Hauses beziehen, in der Hauptsache bereits früher seitens der nationalliberalen Partei für den Fall einer Verfassungsreform gestellten Forderungen, sowie auch dem, was die Großh. Regierung für diesen Fall in Aussicht genommen hat.

Wenn dann von der nationalliberalen Partei beantragt wird, daß zu den allgemein und direkt zu wählenden Abgeordneten 7 Abgeordnete hinzutreten sollen, welche von den die badische Staatsangehörigkeit besitzenden Mitgliedern der Bürgerausschüsse der fünf größten Städte des Landes im Wege geheimer Abstimmung gewählt werden, so wird sie bei diesem Verlangen von der Erwägung geleitet, daß, obgleich auch für sie die Vorschläge in der Denkschrift der Großh. Regierung bezüglich der Ergänzung der Zahl der direkt zu wählenden Abgeordneten durch Abgeordnete, welche von Organen der Selbstverwaltung gewählt werden, in diesem Umfange nicht annehmbar sind, den desfallsigen Vorschlägen doch zum mindesten insofern ein berechtigter Gedanke innewohnt, als bei der raschen Zunahme der Einwohnerzahl der größten Städte des Landes unter den obwaltenden Verhältnissen mit der Möglichkeit gerechnet werden muß, daß die aufgrund des allgemeinen und direkten Wahlrechts in diesen Städten gewählten Abgeordneten in absehbarer Zeit nur noch aus Angehörigen der sozialdemokratischen Partei bestehen werden (Lachen bei den Sozialdemokraten. Abg. Wacker: Hu! hu!), während es von erheblicher Wichtigkeit ist, daß die hochbedeutsamen wirtschaftlichen und kulturellen Interessen, welche sich gerade in den größten Städten konzentrieren, in der Zweiten Kammer auch von Vertretern der sog. bürgerlichen Parteien in diesen Städten wahrgenommen werden. Diesem Gedanken in der unter Ziff. 5 vorgeschlagenen Weise Rechnung zu tragen, hält die nationalliberale Partei umso mehr für angezeigt, als im Hinblick auf die Anschauungen, von welchen die Großh. Regierung nach ihrer Denkschrift in der Wahlrechtsfrage ausgeht, und angesichts der Stellungnahme, welche in dieser Frage auf dem letzten Landtage seitens der hohen Ersten Kammer erfolgt ist, ein Vorschlag, der von der nationalliberalen Fraktion gemachten Art zur Zeit allein den Anknüpfungspunkt zu einer Verständigung mit den beiden anderen gesetzgebenden Faktoren zu bieten scheint, während alle anderen Vorschläge, insbesondere auch der auf die Einführung der Proportionalwahl in den drei größten Städten des Landes abhebende, nach der gegenwärtigen Situation die Aussicht auf eine solche Verständigung offenbar nicht gewähren. Es sprechen insbesondere gegen den letzterwähnten Vorschlag all die Gründe, welche gegen den Proporz überhaupt obwalten, namentlich die Unmöglichkeit, für denselben eine einfache, praktische und für die Bevölkerung verständliche Form zu schaffen, sowie die weitere Erwägung, daß dieses ganze Wahlsystem seiner Natur nach die Bildung großer, das gesamte Land oder doch wenigstens sehr beträchtliche Teile desselben umfassendere Wahlbezirke voraussetzt.

Den Anknüpfungspunkt für eine Verständigung mit den beiden anderen gesetzgebenden Faktoren ihrerseits noch festzuhalten, erachtet aber die nationalliberale Fraktion deshalb für geboten, weil eben ohne eine solche Verständigung ein positives Resultat in der Frage der Verfassungsreform überhaupt nicht zu erreichen ist, und auf der anderen Seite darüber kein Zweifel bestehen kann, daß weite Kreise der Bevölkerung den Uebergang vom indirekten zum direkten Wahlverfahren aus durchaus beachtenswerten Gründen wünschen. Nachdem aber in der Kommission die Brücke für eine solche Verständigung dadurch abgebrochen worden ist, daß die Mehrheit es ablehnte, dem in Frage stehenden Gedanken näher zu treten, und da keine Aussicht dafür vorhanden ist, daß im Plenum in dieser Beziehung eine Aenderung erfolgen wird, verzichtet die nationalliberale Fraktion darauf, spezielle Anträge wegen Umgestaltung des von den Herren Abgg. Wacker und Genossen eingebrachten Gesetzesvorschlags im Sinne ihrer Anschauungen zu stellen, wird sich vielmehr darauf beschränken, gegen diesen Gesetzesvorschlag zu stimmen, welcher ihren Intentionen, abgesehen davon, daß er die Reform der Ersten Kammer beiseite läßt, auch hinsichtlich der Einteilung der Städte mit mehreren Abgeordneten in Wahlbezirke und der Nichteinführung der sogenannten Stichwahlen nicht entspricht.

Ebenso wird die nationalliberale Fraktion gegen den Dreesbach'schen Gesetzesvorschlag bezüglich der Proportionalwahlen stimmen, da ihr dieses System bei gegenwärtiger Sachlage für eine Lösung der ganzen Frage keine Aussicht zu bieten scheint. Wenn dann schließlich von der Mehrheit der Kommission beantragt wird, das hohe Haus wolle erklären, daß in den Vorschlägen der Denkschrift der Großh. Regierung eine geeignete Grundlage für eine Verständigung nicht erblickt werden könne, so vermag dies von der nationalliberalen Fraktion nur insoweit zugegeben zu werden, als auch nach ihrer Ansicht die Vorschläge der Großh. Regierung inbezug auf die Ergänzung der Zahl der direkt zu wählenden Abgeordneten durch eine Anzahl von Abgeordneten, die von Organen der Selbstverwaltung gewählt werden, zu weit gehen. Dagegen haben auch diese Vorschläge nach dem oben Bemerkten einen nicht unberechtigten Kern, und überdies enthält die Denkschrift auch Vorschläge, welche sich mit den oben unter Ziffer 1—4 gemachten decken. Die Mitglieder der nationalliberalen Fraktion können unter solchen Umständen für den Antrag der Kommission nicht stimmen, erachten es vielmehr bei dieser Lage der Dinge für entsprechend, sich hier der Abstimmung zu enthalten.

An diese Erklärung knüpft der Redner folgende eigene Ausführungen:

Wir stehen, wie auf den letzten Landtagen, auf dem Standpunkt, daß vom indirekten zum direkten Wahlverfahren übergegangen werden sollte. Die Gründe liegen für uns darin, daß das indirekte Wahlverfahren nicht mehr die Bedeutung hat, wie früher, daß insbesondere in sehr vielen Wahlbezirken die Wahlmänner schon jetzt auf den Namen eines bestimmten Kandidaten gewählt werden, also von vornherein eine gebundene Marschroute haben. Es ist auch nicht zu verkennen, daß das indirekte Wahlsystem insbesondere in den Städten mit großen Unzuträglichkeiten verknüpft ist, einen sehr umständlichen, komplizierten Apparat erfordert und daß es die Interessenlosigkeit der Wähler an manchen Orten in bedauerlicher Weise befördert. Wir haben nun aber damit zu rechnen, daß wir in der Zweiten Kammer allein eine Verfassungsänderung nicht in endgiltiger Weise beschließen können, daß zu einer solchen Aenderung vielmehr noch die Zustimmung der beiden anderen gesetzgebenden Faktoren gehört. Nach dem ganzen Verlauf, den die Sache bisher genommen, ist nun nicht zu erwarten, daß wir in absehbarer Zeit zu einem positiven Ergebnis in dieser Frage gelangen werden, wenn nicht dem Gedanken der Großh. Regierung in irgend einer Form Rechnung getragen wird, daß die nach ihrer Ansicht in dem indirekten Wahlverfahren liegende Einschränkung des allgemeinen Landtagswahlrechts ein anderes Aequivalent bekommt. Das von der Großh. Regierung in der Denkschrift in Aussicht genommene Aequivalent, wonach zu 50 allgemein und direkt zu wählenden Abgeordneten 25 weitere Abgeordnete kommen sollen, die von Organen der Selbstverwaltung gewählt werden, geht allerdings auch uns erheblich zu weit. Es sind da im Wesentlichen zwei Vorschläge zusammengenommen worden, die unsererseits auf den beiden letzten Landtagen behufs einer entsprechenden Lösung der Frage gemacht worden sind, die aber nicht kumulativ, sondern alternativ gemeint waren. Wenn wir aber auch der Ansicht sind, daß in so weitgehendem Maß, wie die Großh. Regierung in Aussicht genommen hat, eine Ergänzung der Zahl der direkt zu wählenden Abgeordneten durch Abgeordnete, welche von Organen der Selbstverwaltung gewählt werden, unmöglich ist, so scheint uns eben denn doch diesen Vorschlägen ein berechtigter Gedanke insofern innezuwohnen, als wenigstens hinsichtlich der größten Städte des Landes unter den heutigen Verhältnissen dafür gesorgt werden sollte, daß das allgemeine, direkte Wahlrecht nicht in kurzem dahin führt, daß sie mit ihren wichtigen und bedeutsamen wirtschaftlichen und kulturellen Interessen in der Zweiten Kammer ausschließlich durch Angehörige der sozialdemokratischen Partei vertreten sind, einer Partei, welche die jetzigen Grundlagen unserer staatlichen und wirtschaftlichen Organisation zu beseitigen bestrebt ist und im besonderen Interesse der Arbeiter mit einem Radikalismus vorgeht, welcher speziell für unseren Mittelstand eine ernste Gefahr enthält. Es wird mir eingewendet werden, es habe beispielsweise Herr Dreesbach mit seinen Freunden bis jetzt in diesem hohen Hause die Interessen der Stadt Mannheim ganz gut wahrgenommen. Ich will den Herren in dieser Hinsicht gewiß nicht nahetreten. Aber wer weiß, ob wir auf die Dauer Männer von der gemäßigten und besonnenen Haltung Dreesbachs hier sehen werden, ob nicht vielmehr in Mannheim jetzt schon starke Unterströmungen in der sozialdemokratischen Partei sich geltend machen, welche vielleicht in kurzer Zeit dahin führen werden, daß wir Leute hier in der Kammer haben, welche mit ganz anderen Zungen reden, als die Herren Dreesbach und seine Freunde, und die in viel einseitigerer und rücksichtsloserer Weise die exclusiven Interessen des vierten Standes wahrnehmen, als wir dies jetzt gewohnt sind. (Große Unruhe im Centrum.) Bei einer Verfassungs-Aenderung kann eben nicht nur auf die unmittelbare Gegenwart abgehoben, es muß da auch mit den Bedürfnissen der Zukunft, auch einer ferneren Zukunft gerechnet werden. Und wenn man daher für solche Eventualitäten, wie ich sie angedeutet, eine gewisse Vorkehrung zu treffen sucht (Ironische Zurufe im Centrum und bei den Sozialdemokraten. Abg. Heimburger: Das ist stark!), so thut man, wie ich glaube, nichts Unverantwortliches, man thut vielmehr etwas Vernünftiges, was meines Erachtens sehr wohl vertreten werden kann und was insbesondere dann zu keinen unüberwindlichen Bedenken mehr Anlaß zu geben vermag, wenn es sich in so maßvollen und bescheidenen Grenzen bewegt, wie unser Vorschlag. Wenn im ganzen Lande direkt gewählt wird und wenn dies selbstverständlich auch in allen Städten geschieht, so kann es doch wirklich nicht als etwas Unerhörtes erscheinen, wenn aus den 5 größten Städten des Landes noch einige Abgeordnete hinzukommen, die von den die bad. Staatsangehörigkeit besitzenden Mitgliedern der Bürgerausschüsse dieser Städte gewählt werden. Nun wird ja freilich behauptet, es sei nicht gut, wenn man die Gemeindevertretungen mit diesen Wahlen befasse, indem dies die Gefahr mit sich bringe, daß bei der Wahl der Bürgerausschußmitglieder selber die Politik eine zu große Rolle spiele. Ich kann nur sagen, daß ich dieses Bedenken deshalb nicht für durchschlagend halte, weil nach meinen Wahrnehmungen in allen größeren Städten des Landes, aber auch in vielen kleineren Gemeinden desselben die politischen Parteien schon jetzt es sind, welche die Gemeindewahlen in die Hand genommen haben und weil so, wie die Dinge liegen, auch durchaus nicht zu erwarten steht, daß wir in dieser Richtung in Zukunft zu wesentlich anderen Verhältnissen gelangen werden. Für einen schlechthin vollkommenen Vorschlag halte ich allerdings auch den unsrigen, insoweit er sich auf die Wahl von Abgeordneten durch die, die badische Staatsangehörigkeit besitzenden Mitglieder der Bürgerausschüsse der 5 größten Städte bezieht, durchaus nicht. Wenn ein anderer Vorschlag gemacht werden kann, der zum Ziele führt, soll es an unserer Mitwirkung nicht fehlen. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen scheint es uns aber immer noch der Vorschlag zu sein, welcher allein Aussicht haben dürfte, die Brücke zu einer Verständigung mit der Großh. Regierung und mit der Ersten Kammer abzugeben, und hauptsächlich deßhalb haben wir an ihm festgehalten. Man kann ja darüber streiten, ob dieses Verfahren richtig ist. Auch in unserer eigenen Partei draußen im Lande sind, wie ich sehr gut weiß, Zweifel darüber aufgetaucht, ob die nationalliberale Fraktion der Zweiten Kammer gut daran thut, in dieser Weise vorzugehen. Wir möchten aber nach sorgfältiger Prüfung aller in Betracht kommenden Verhältnisse, sowie insbesondere auch in Anbetracht der politischen Gesamtlage in unserem Lande zur Zeit die Möglichkeit nicht aus der Hand geben, die Frage der Verfassungsreform im Einvernehmen mit der Großh. Regierung zu lösen, einer Regierung, die in ihrer dermaligen Zusammensetzung unser volles Vertrauen hat und von der auch die oppositionellen Parteien zugeben müssen, daß sie inbezug auf Förderung der wirtschaftlichen und intellektuellen Interessen der Bevölkerung Hervorragendes leistet, daß ihre sachliche Arbeit für das Wohl des Landes eine höchst anerkennenswerte und ersprießliche ist und daß durch ihre Verwaltung ein frischer und freier Zug geht, um den uns manch anderes Land beneidet. Wir suchen auch in der Frage der Verfassungsreform vor allem mit dieser Regierung zu einer Verständigung zu gelangen, und ich hoffe, daß dies auch unsere Freunde im Land begreifen werden. Ich gebe aber auch, trotz der kategorischen Erklärungen, die wir heute zu hören bekommen haben, die Hoffnung noch nicht ganz auf, daß auch die Angehörigen der übrigen Parteien des hohen Hauses, um in der Frage der Verfassungsreform in Bälde etwas Positives zu erreichen, als Realpolitiker zu einem Ausgleich die Hand bieten werden, welcher auf eine Annahme seitens der anderen gesetzgebenden Faktoren rechnen kann. Auf die anderen Punkte, die im Falle einer Verfassungsreform für uns von Bedeutung sind, will ich jetzt nicht näher eingehen. Treten sie doch gegenüber dem seither erörterten Punkte insofern etwas zurück, als sie von unseren politischen Gegnern zum mindesten nicht in dem Maße angefochten sind, als die Ergänzung der direkt zu wählenden Abgeordneten durch solche, welche von den die badische Staatsangehörigkeit besitzenden Mitgliedern der Bürgerausschüsse gewählt werden. Zweien der betreffenden Punkte gegenüber verhält sich die Opposition ja überhaupt nicht ablehnend. Es ist dies die Integralerneuerung der Kammer, welche alle vier Jahre stattfinden soll, und dann die Reform der Ersten Kammer, die wenigstens unter gewissen Voraussetzungen von unseren politischen Gegnern nicht von der Hand gewiesen wird. Die Einteilung der Städte, welche mehrere Abgeordnete zu wählen haben, in Wahlbezirke, sowie die Nichteinführung der Stichwahlen haben zwar, wie der Bericht hervorhebt, bei der Majorität der Kommission auch schwere Bedenken erweckt. Ich meine, es müßten sich dieselben aber beseitigen lassen, wenn man darauf verzichten würde, die Städte durch das Gesetz selber in Wahlbezirke einzuteilen, vielmehr die jeweilige Einteilung den Stadträten mit Zustimmung des landesherrlichen Wahlkommissärs zu überlassen, und wenn man, was die Stichwahlen anbelangt, bedenkt, zu welch' vielfachen Unzuträglichkeiten sie bei den Reichstagswahlen geführt haben. Diese Unzuträglichkeiten ohne eine zwingende Notwendigkeit auch bei den Landtagswahlen mit in Kauf zu nehmen, kann ich nicht für rätlich halten. Es wird ja allerdings gesagt werden: Die unnatürlichen Wahlbündnisse, welche das Stichwahlverfahren zeitigt, werden, wenn man die Stichwahlen nicht einführt, dann schon von vornherein abgeschlossen werden. Ich halte diesen Einwand aber doch nur bis zu einem gewissen Grade für zutreffend. In vielen Fällen wird die Sache eben doch so liegen, daß diese oder jene Partei zunächst für sich allein durchzudringen hofft und, solange sie diese Hoffnung hegt, grundsätzlich nicht darauf eingeht, mit anderen, ihr vielleicht ganz fernstehenden Parteien zusammen zu wirken. Daß im übrigen unsere politischen Gegner es nicht daran fehlen lassen werden, uns wegen unserer Haltung allerlei Vorwürfe zu machen, war ja vorauszusehen. (Lachen links und bei den Sozialdemokraten.) Ich halte diese Vorwürfe aber jedenfalls insofern nicht für gerecht, als insbesondere die Schwankungen, welche uns in dieser Frage vorgehalten werden, sich nicht auf den Grundgedanken selber, sondern nur auf die Form erstreckt haben, in welcher derselbe zum Ausdruck gebracht wurde. Der Gedanke, daß im Fall der Einführung des direkten Wahlverfahrens eine in mäßigen Grenzen sich haltende Ergänzung der direkt zu wählenden Abgeordneten durch von Organen der Selbstverwaltung zu wählende Abgeordnete eintreten solle, dazu bestimmt, eine ausreichende Vertretung gewisser wirtschaftlicher und geistiger Interessen in der Zweiten Kammer zu sichern, ist auf den letzten zwei Landtagen unsererseits festgehalten worden. Nur suchte man das eine Mal die Realisierung dieses Gedankens an das Institut der Gemeinde-Kollegien, das andere Mal an jenes der Kreisversammlungen anzulehnen. Für dessen Verwirklichung eine korrekte Form zu finden, ist aber, wie zugegeben werden muß, überhaupt schwer, und es ist da gewiß begreiflich, daß man verschiedene Wege gegangen ist, um das Richtige zu treffen. Wenn der jetzige Vorschlag zu den Bürgerausschüssen zurückgekehrt ist und so lautet, wie wiederholt angegeben wurde, so war dabei für uns das Bestreben maßgebend, nicht bloß eine einfache, sondern auch eine die Zahl der Selbstverwaltungs-Vertreter auf ein thunlichst geringes Maß reducierende Form zu finden, indem man hoffte, auf diese Art eher zu einem praktischen Ziele zu gelangen. Wenn dann immer wieder behauptet wird, wir hätten uns früher schon einmal ohne alles Weitere für das direkte Wahlverfahren ausgesprochen, so ist dies nur insofern richtig, als man sich damals grundsätzlich mit großer Mehrheit für das direkte Wahlsystem erklärte. Der Sinn der Abstimmung war aber nicht der, daß man damit auf jede nähere Feststellung der Modalitäten dieses Verfahrens im Einzelnen von vornherein verzichten wollte. Als einen Fehler gebe ich es allerdings zu, daß wir uns s. Zt. zu rasch für den Proporz erwärmt haben. Die Sache schien in der Theorie sehr schön, ja fast unanfechtbar zu sein. Aber die Praxis hat namentlich in der Schweiz gezeigt, daß eben dieses Verfahren doch seine großen Bedenken hat, daß es vor allem unendlich kompliziert ist, daß es der richtigen Vertretung der lokalen und Bezirksinteressen nicht genügenden Vorschub leistet und daß es die Zersplitterung des parlamentarischen Lebens in durchaus unerwünschter Weise befördert. Wir nehmen also auch in diesen Dingen für uns keinerlei Unfehlbarkeit in Anspruch. Wohl aber dürfen wir verlangen, daß man uns keine anderen als ehrliche Motive unterschiebt. Wir sind bestrebt, die Wahlrechtsfrage im Einvernehmen mit den anderen gesetzgebenden Faktoren in einer dem Wohle des Landes entsprechenden Weise zu regeln. Wir bedauern, wenn diese Regelung zunächst nicht gelingt, legen aber der Sache die außerordentlich große Bedeutung, welche ihr die Opposition zumißt, nicht bei. Jedenfalls wollen wir nicht die Hand dazu bieten, daß an dieser Frage, in der wir zwar nicht in allen, aber doch in verschiedenen wesentlichen Punkten mit der Denkschrift übereinstimmen, die Thätigkeit einer Regierung scheitert, mit deren gediegener und solider sachlicher Arbeit das Volk zufrieden zu sein alle Ursache hat. Wir werden uns daher bei unseren Abstimmungen auf der Linie bewegen, welche in der vorhin verlesenen Erklärung angegeben ist. (Lebhafter Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. **Muser** (Dem.): Nach den Erklärungen des Vorredners sei allerdings die Hoffnung verloren, daß die gegenwärtige Kammer den gesunden Fortschritt im Wahlrecht machen werde. Der Beweis ist wieder erbracht, daß das badische Volk das direkte Wahlrecht solange nicht erhält, als die nationalliberale Partei noch so stark, wie heute, ist. In der Wahlfrage sei die nationalliberale Partei aus den Schwankungen nicht herausgekommen; immerhin muß sie zugeben, daß prinzipiell das direkte Wahlrecht einzuführen sei. Die nationalliberale Partei hat sich 1894 in einer Anzahl von zehn Mitgliedern ohne Kautelen für das direkte Wahlrecht ausgesprochen und auf einem späteren Landtag in noch größerer Zahl. Draußen im Lande freilich sei die nationalliberale Partei vielfach anderer Ansicht; ein Fortschritt sei es auch gewesen, als Fieser die Wahlfrage für eine Zweckmäßigkeitsfrage erklärte. Die Opposition frage aber nicht nach der Zweckmäßigkeit, sondern nach der Zweckbestimmung. Auch das direkte Wahlrecht sei kein absolut ideales, doch die Grundlage sei anzuerkennen. Mißbrauch könne mit jeder Institution getrieben werden. Die Wahlen sollen die wahren Strömungen im Volke erkennen lassen, die Strömungen des Volkes sollen an die Außenseite treten, um sie zu erkennen und event. zu bekämpfen. Die politische Geschichte beweist, daß die Sozialdemokratie in den Parlamenten viel gemäßigter werde; wer die sozialen Gegensätze verhindern wolle, der müsse dafür sorgen, daß nicht neben der ökonomischen wirtschaftlichen Ungleichheit noch eine politische Ungleichheit geschaffen werde. Wolle man gesunde Kautelen gegen einen einseitigen Landtag schaffen, so führe man das Referendum ein, wie es z. B. die Regierung besitze, indem dieselbe in der Lage sei, den Reichstag aufzulösen und an das Volk zu apellieren. Die Kautelen der Nationalliberalen richteten sich gegen die Thätigkeit der Gewählten, die brach gelegt werden solle durch

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

eine Anzahl Privilegierte. Es soll auch verhindert werden, daß die Sozialdemokraten in dem Parlament die Majorität erhalten; warum verlangen Sie dies nicht auch für den Reichstag? Das Vorgehen ist auch nichts weiter, als der Kampf gegen die Grundlage der Reichsverfassung. Auch die Regierung spreche von der „großen Masse". Die großen Massen sind die Sozialdemokraten, die man bei den Nationalliberalen manchmal sehr gut braucht, wenn es sich um Wahlen handelt. Sie wollen die Bürgerausschüsse zu Wahlausschüssen machen, nicht um den städtischen Interessen eine Vertretung zu schaffen, sondern um einen nationalliberalen Abgeordneten mehr zu erhalten. Sind denn die Städte heute nicht ganz vorzüglich vertreten? Er weise auf Wilckens für Heidelberg hin, und auf den früheren Abgeordneten für Karlsruhe. Der Redner citiert sodann Bismarck für das direkte Stimmrecht. Die Nationalliberalen haben auch früher in schroffer Weise eine Privilegienvertretung abgewiesen. Wilckens habe heute auch der Regierung ein Vertrauensvotum gegeben, nun die Regierung sei in diesem Punkte ja verwöhnt. Die Agitation im Volke werde für das direkte Wahlrecht nicht aufhören, wenn die Regierung auch sich noch so dagegen sträube.

Abg. **Zehnter** (Centr.): Das Bedürfnis nach einer Wahlreform erkenne auch die nationalliberale Partei an, die die Einführung an fünf Bedingungen knüpfe, von denen vier eine Verständigung nicht ausgeschlossen hätten. Unannehmbar sei aber die Forderung der Wahl von sieben Abgeordneten durch die Bürgerausschüsse. Dieser Punkt brächte eine Verschlechterung des gegenwärtigen Zustandes, wir würden anstelle des gleichen Wahlrechts ein ungleiches schaffen, das gewissen Leuten gestatte, mehrmals zu wählen. Ganz abgesehen davon sei es bedenklich, die Bürgerausschüsse zu Wahlkörpern zu machen und damit offiziell den politischen Kampf in diese Körperschaften hineintragen. Gerade jetzt sei mit Erfolg der Versuch in verschiedenen Städten gemacht worden, gemeinsam bei den Bürgerausschußwahlen vorzugehen; das würde sofort aufhören, wenn man die Bürgerausschüsse zu politischen Wahlkörpern mache. Die Zweite Kammer habe die Aufgabe, von ihrem Standpunkt aus ihre Meinung klar und unumwunden auszusprechen, ohne zu fragen, was die anderen Faktoren dazu sagen. Wo ständen wir z. B. in der Frage der Vermögenssteuer, wenn man denselben Standpunkt einnehme, wie Wilckens angedeutet; auch hier habe die Zweite Kammer ihre Beschlüsse gefaßt, ohne nach der gegenteiligen Ansicht der Ersten Kammer zu fragen. Ueber die Einteilung der Städte in Wahldistrikte ließe sich diskutieren auf Grundlage des direkten Wahlrechts. Die Interessen der Städte seien wohl gewahrt und hätten auch sonst verschiedene Mittel, ihre Wünsche recht deutlich zur Geltung zu bringen. In dieser Richtung geschehe hier und da etwas zu viel. Er befürchte auch das Ueberwiegen der Massen nicht, so lange man einen guten Mittelstand und Bauernstand habe; eine gemäßigte Vertretung der Arbeiterschaft könne er nur gut heißen. Für seine Person könne er eine Kautele schaffen, dahingehend, das direkte Wahlgesetz vorerst an eine Zeitbeschränkung zu knüpfen, um die Probe zu machen mit dem Gesetz. (Bewegung.)

Abg. **Feudrich** (Soz.). Das letzte, was der Vorredner angeführt, sei das einzige Neue, was heute vorgebracht worden sei. Wir können dem Zehnter'schen Vorschlag nicht beitreten. Wilckens habe für seine Partei nicht mehr die Situation zu retten vermocht, denn die Zitate aus den eigenen Reihen machen dies unmöglich. Nicht besonders glücklich seien auch die Gründe gewesen, mit denen die Sozialdemokratie als Furchtmoment in das Treffen geführt worden sei. Man müsse unterscheiden zwischen der Partei, wie sie jetzt und wie sie unter dem Drucke des Ausnahmegesetzes in Erscheinung getreten sei. Ein absolut Gutes gäbe es auch in der Wahlfrage nicht, doch halte er das Proportionalsystem für das beste. Redner verbreitet sich über einige Vorteile des Proportionalwahlsystems, das auf dem Grundsatze aufgebaut worden sei: jedem das Seine. Der Proporz giebt dem Wähler die denkbar größte Wahlfreiheit in bezug auf die Partei, wie auf die Persönlichkeiten. Auch die sogenannten „unmoralischen Wahlbündnisse" seien bei dem Proporz ausgeschlossen. In Belgien wie in der Schweiz habe man auch die Erfahrung gemacht, daß mit der Einführung des Proporzes die Beteiligung sich erhöht habe. Seine Partei werde auch mit diesem Antrage immer wieder kommen.

Minister Dr. **Eisenlohr** verliest folgende Erklärung: Die Großh. Regierung muß sich hinsichtlich der Anträge auf Abänderung einiger Bestimmungen der Verfassung und der Wahlbezirkseinteilung auf die Erklärung beschränken, daß sie diese Entwürfe als eine geeignete Grundlage für eine Einigung der gesetzgebenden Faktoren nicht anzuerkennen vermag. Sie hält nach wie vor an dem auch von der Minderheit der Verfassungskommission prinzipiell angenommenen Grundgedanken ihrer den Ständen unterbreiteten Denkschrift fest, daß bei Einführung des direkten Wahlrechts nicht nur die Kopfzahl der Wähler in Betracht gezogen werden kann.

Die Regierung muß in Erwägung des Umstands, daß ein Zusammentritt mit der Verfassungskommission bezüglich der erwähnten Anträge und der Denkschrift nicht stattgefunden und sie von den Beschlüssen der Kommission erst vor wenigen Tagen Kenntnis erhalten hat, sich den Kammerverhandlungen gegenüber Zurückhaltung auferlegen. Sie wird aber in ihrem ernsten Bemühen eine Annäherung der Anschauungen der gesetzgebenden Faktoren herbeizuführen auch ferner beharren, sowie, wenn die Aussicht auf eine Einigung sich nicht ergeben sollte, zu einer Revision der Wahlbezirkseinteilung schreiten.

Abg. **Dreesbach** (Soz.) wendet sich gegen die Ausführungen Dr. Wilckens; die Furcht vor der Sozialdemokratie sei ganz ungerechtfertigt. Es sei übrigens für die nationalliberale Partei auch die Furcht auf dem Lande in Baden zu verlieren maßgebend gewesen. Die Nationalliberalen wollen das direkte Wahlrecht nur dann, wenn ihnen der Einfluß der Mehrheit bleibt, und hier findet sie die Unterstützung der Regierung. Seine Partei stimme für den Antrag Wacker, wie für den Proporz.

Abg. **Wacker** (Centr.): Neu war die Erklärung Dr. Wilkens, daß ein früher gefaßter Beschluß der Nationalliberalen in dieser Frage nicht so aufzufassen sei, wie dies von den Gegnern geschehen. Heute handle es bei Regierung und den Nationalliberalen sich weniger darum, das direkte Wahlverfahren zu bekämpfen, als das allgemeine gleiche Wahlrecht zu beseitigen. Er könne aber für seine Partei laut erklären, daß kein Vorschlag, offen oder versteckt, diskutabel sei, der an dem allgemeinen, gleichen Wahlrecht rütteln wolle. Dies thue aber vor allem der Standpunkt der Regierung in der Denkschrift. Es dürfe aber auch niemals ein Wahlsystem auf die Förderung einer Partei zugeschnitten werden. Ebenso ungerechtfertigt seien die Einwendungen, die man gemacht habe, um das Vordringen der Sozialdemokraten zu verhindern. In unserer Verfassung sei für Kautelen reichlich gesorgt, denn diese habe die Faktoren und ihre Kompetenz, die bei der Gesetzgebung mitzuwirken, genau umgrenzt. Jetzt müsse man fragen, was habe zu geschehen, um die Stellung der Regierung zu verändern. Zu wie vielen Gesetzgebungsarbeiten sei nicht schon die Regierung durch die Nationalliberalen gedrängt worden? Die ablehnende Haltung der Regierung zum Proporz sei der beste Beweis, daß sie geneigt sei, das allgemeine gleiche Wahlrecht zu beschneiden. Muser habe von einer Verwöhnung der Regierung gesprochen und von der Entwöhnung derselben, er sei auch der Meinung, daß die letztere Frage eine sehr praktische sei.

Abg. **Mampel** (Antis.) tritt für das direkte Wahlrecht ohne Kautelen ein, das rote Gespenst der Sozialdemokratie habe für das Land nichts Erschreckendes, wir Bauern fürchten nichts als Gott und sonst nichts auf der Welt, auch nicht die Sozialdemokratie.

Abg. Dr. **Fieser** (nat.-lib.) hat noch nie für die direkten Wahlen sans phrase gestimmt; aber er weise es weit zurück, daß die nationalliberalen Anträge bezweckten, das allgemeine gleiche Wahlrecht zu beseitigen. Gerade die nationalliberale Partei sei es ja gewesen, die dieses Wahlrecht geschaffen habe. Dasselbe sei s. Zt. mit der Kautele der „indirekten" Wahl geschaffen worden. Wenn man den Wahlmännern das Wort abnehme, so und so zu wählen, so stehe man nicht auf dem Boden der Verfassung. Das einzig Neue war eine direkte Drohung Musers; er sagte, wenn das Volk fortgesetzt die Forderung aufstelle und die Regierung gebe nicht nach, so dürfte man sich nicht wundern, wenn die Vertreter des Volkes zu den Mitteln griffen, die die Verfassung gewähre. Wenn Muser aber einmal die Steuerverweigerung inaugurieren wollte, dann würde er eine Niederlage erleben, wie noch nie. Solche Redensarten nehmen sich in der Presse sehr schön aus, aber von der Drohung bis zur Vollführung sei ein weiter Schritt. Redner stellt dem Politiker Bismarck aus den Jahren 68/69 den ruhig beobachtenden Bismarck der „Gedanken und Erinnerungen" gegenüber, der seine einstige Anschauung über das Wahlrecht wesentlich modifiziert habe. Nicht die Sozialdemokratie wolle man beseitigen, denn auch wir sind der Meinung, daß die Art, wie dieselbe in diesem Hause ihre Interessen vertrete, nicht einen Tadel rechtfertige, nur wolle er eine allzu große Verbreitung derselben verhindern. Es sei übrigens der Vorwurf eines Wahlbündnisses der Nationalliberalen mit den Sozialisten bei der Offenburger Stichwahl völlig unberechtigt. Kein Wort sei zwischen Vertretern der beiden Parteien gefallen, das auf eine derartige Absicht schließen lassen könne. Wir können auch nicht so agitieren, wie das Centrum, das in jedem Dorfe seinen berufenen Agitator habe. Kein Mensch von Ihnen würde für das direkte Wahlrecht sein, wenn Sie nicht glaubten, damit Geschäfte zu machen, und uns muten Sie zu, einem Wahlsystem zuzustimmen, das uns hinausbugsieren soll. Wenn wir so eine geringfügige Kautele stellen, dann befinden wir uns durchaus nicht auf reaktionärem Boden. Auch die Bürgerschaft der Städte hätte ein Recht darauf, vertreten zu sein. Nicht den Geldbeutel und den Egoismus wolle man in der Kammer haben, sondern die geborenen Führer der Massen, die Intelligenz und die Erfahrung. Mit Entrüstung weise er eben den Vorwurf zurück, als ob man das allgemeine, gleiche Wahlrecht beschneiden wolle.

Abg. Dr. **Wilckens** führt aus, daß man die Sozialdemokraten durchaus nicht verdrängen wolle, aber er vertrete nach wie vor die Anschauung, daß es ein ungesunder Zustand sei, wenn die großen Städte wie Mannheim und Karlsruhe einzig und allein durch die Sozialdemokratie vertreten seien. Auch fürchte er keineswegs von dem direkten Wahlsystem eine Einbuße seiner Partei auf dem flachen Lande. Er müsse sich auch verwahren, als ob man den Vorschlag nur gemacht habe, um der Regierung gefällig zu sein; lediglich aus sachlichen Gründen sei seine Partei zu diesen Vorschlägen gekommen. Er glaube aber auch, daß man im Lande zu der Ueberzeugung gelangen werde, daß es nicht gut sei, wenn die großen kulturellen und wirtschaftlichen Aufgaben der Städte nur in den Händen der Arbeitervertreter lägen. Er müsse auch den Vorwurf zurückweisen, als ob man das Reichstagswahlrecht ändern wolle. Wenn Zehnter durch eine Probezeit den Sprung ins dunkle nicht mitmachen wolle, so könne man es seiner Partei nicht verübeln, wenn sie von vorne herein für gesunde Kautelen sorge. Er habe auch von Anfang zugegeben, daß seine Partei in der Frage des Proporzes sich geirrt habe. Auch in der Schweiz habe man in dieser Beziehung üble Erfahrungen gemacht. Zum Schluß spricht der Redner die Hoffnung aus, daß, wenn auch nicht diesmal, so doch in der Zukunft eine Einigung in der wichtigen Frage der Wahlreform erzielt werden könne.

Abg. **Feudrich** (Soz.) sucht die letzten Ausführungen des Vorredners über die Erfahrungen in der Schweiz zu entkräftigen.

Schluß der Sitzung. Fortsetzung abends 4 Uhr.

---

## Erste Kammer.

⊙ **Karlsruhe**, 2. Juli.

18. Sitzung.

Erster Vizepräsident Freiherr Franz v. Bodman eröffnete kurz nach 9 Uhr die Sitzung.

Am Regierungstisch: Finanzminister Buchenberger und Regierungskommissäre.

Der Präsident hieß den in das Haus neu eingetretenen Prälaten D. Helbing als Mitglied der Ersten Kammer willkommen und beeidigte denselben.

Nach kurzen geschäftlichen Mitteilungen wurde in die Tagesordnung eingetreten.

Freiherr **v. Göler** berichtete namens der Budgetkommission über den Gesetzentwurf, die

Einschätzung der Grundstücke und Gebäude zur Vermögenssteuer

betreffend. Zu Beginn dieses Landtags hat die Regierung den Ständen drei Gesetzentwürfe, die Vermögenssteuer betr., die Abänderung des Einkommensteuergesetzes und das Verfahren bei der Veranlagung zu den direkten Steuern betreffend zur Beratung vorgelegt. Was den Gesetzentwurf einer Vermögenssteuer betrifft, so hat die Kommission der Zweiten Kammer nach einer Mitteilung des Finanzministers an die Budgetkommission der Ersten Kammer im Hinblick darauf, daß eine große Zahl ihrer Mitglieder zugleich der Budgetkommission angehört und die Kommission deshalb erst gegen Mitte Mai an ihre Arbeit herantreten konnte, den Beschluß gefaßt, von diesem Gesetzentwurf nur diejenigen Bestimmungen durchzuberaten, welche die Neueinschätzung der Waldungen, der sonstigen Grundstücke und Gebäude betreffen. Im Verfolg dieses Beschlusses hat der Herr Finanzminister die Bestimmungen des Vermögenssteuergesetzentwurfs, welche nach § 72 Abs. 1 desselben alsbald in Kraft treten sollten, somit die Bestimmungen, welche sich auf die Veranlagung des liegenschaftlichen Vermögens beziehen, zu einem Entwurf eines Teilgesetzes zusammenstellen lassen, und der Kommission der Zweiten Kammer zur Beratung vorgelegt. Diese neue Vorlage besitzt die Ueberschrift: „Entwurf eines Gesetzes, die Einschätzung der Grundstücke und Gebäude zur Vermögenssteuer betreffend." Dieser neue Gesetzentwurf, der gewissermaßen Ausführungsbestimmungen eines später zu beschließenden Steuergesetzes umfaßt, wurde von der Zweiten Kammer vom 18. Juni einstimmig angenommen und mit ihm hat sich dieser Bericht zu beschäftigen. Infolge der Wünsche, welche in der Zweiten Kammer seit einer Reihe von Jahren geäußert worden waren, hat der Herr Finanzminister dem Landtag 1895/96 eine „Denkschrift über die Reform der direkten Steuern in Baden" vorgelegt, in welcher er ausführt, daß die Großh. Regierung in der Umbildung unserer sogenannten Ertragssteuern zu partiellen Vermögenssteuern einen Fortschritt erblicke, und daß sie daher auch geneigt sei, diesen Fortschritt herbeizuführen. Nach dem vorgelegten Plane sollen die Grundsätze einer Vermögenssteuer mit aller Schärfe ihrer Schlußfolgerungen durchgeführt werden. Ohne jegliche Rücksicht auf den Ertrag der verschiedenen Vermögensbestandteile sollen ihre Steuerkapitalien nach ihrem laufenden Kaufwerte gebildet, von der so gefundenen Hauptsumme der volle Betrag der auf dem Vermögen lastenden Schulden abgezogen und das Reinvermögen mit einem für alle Vermögensarten gleichen Satze zur Steuer beigezogen werden. Die Zweite Kammer hat auf Grund des vom Herrn Abg. Hug erstatteten Berichts die in der Denkschrift ausgesprochenen Grundsätze gutgeheißen und die Großh. Regierung ersucht, im Sinne derselben einen Gesetzentwurf auszuarbeiten und seiner Zeit dem Landtag vorzulegen. Die Stellung, welche die Erste Kammer zur Denkschrift annahm, unterschied sich wesentlich von der des andern Hauses. Schon im allgemeinen vermochte die Mehrheit der Kommission in der Höhe des Vermögens keinen richtigeren Maßstab für die Leistungsfähigkeit der Steuerzahler zu erkennen, als in dem Ertragswerte. Ferner konnte die Mehrheit der Ersten Kammer den Vorschlag der Denkschrift nicht gutheißen, daß das landwirtschaftliche Betriebskapital künftig nicht mehr steuerfrei bleiben sollte. Von diesen Erwägungen geleitet, nahm die Erste Kammer einstimmig den Antrag ihrer Kommission an, es sei zu erklären, daß die Frage der Reform der direkten Steuern noch nicht spruchreif erscheine, und es sei daher die Großh. Regierung zu ersuchen, auch die Umbildung der seitherigen direkten Staatssteuern in wirkliche Ertragssteuern in Erwägung zu ziehen. Dem Landtag von 1897/98 hat sodann die Großh. Regierung einerseits eine „Zweite Denkschrift über die Reform der direkten Steuern" nebst einem „Beilagenheft", welches die Tabellen über die vorgenommenen Reinertragsrechnungen enthält, und anderseits einen Gesetzentwurf, die Revision der Klasseneinteilung des landwirtschaftlichen Geländes betreffend, vorgelegt. Der dem vorigen Landtag vorgelegte kleine Gesetzentwurf, die Revision der Klasseneinteilung des landwirtschaftlichen Geländes betreffend, wurde von der Zweiten Kammer angenommen, nachdem von verschiedenen Seiten dargelegt worden war, der Gesetzentwurf sei präjudizierlich für die Wahl des künftigen Steuersystems. Die Erste Kammer trat in ihrer Mehrheit diesem Beschlusse bei, indem sie im Gegensatze zur Zweiten Kammer erklärte, daß sie das Gesetz nicht als präjudizierlich erachte. Gegenüber den Grundzügen, welche in der ersten Denkschrift für die Gestaltung einer Vermögenssteuer als maßgebend ausgeführt wurden, weist der vorliegende Gesetzentwurf nicht unwesentliche Aenderungen auf. War dort das charakteristische Merkmal einer Vermögenssteuer vom theoretischen Standpunkte aus darin erkannt worden, daß sämtliche Bestandteile des Vermögens eines Steuerpflichtigen nach ihrem Verkehrswerte veranlagt werden, so ist dieser Grundgedanken im Gesetzentwurfe in dem Bestreben, unbillige Härten zu mildern, vielfach aufgegeben, sodaß in der Begründung zur Vorlage von einer vermögenssteuerähnlichen Fortbildung der seitherigen Ertragssteuern gesprochen wird. Bei der Prüfung des neuen, zwischen der Großh. Regierung und der Kommission der Zweiten Kammer vereinbarten und von letzterer angenommenen Gesetzentwurfs über die Einschätzung der Grundstücke und Gebäude zur Vermögenssteuer ließ sich Ihre Budgetkommission von der Anschauung leiten, daß eine Revision der Steuerkataster unserer Liegenschaften wohl angezeigt sei, indem die bestehenden Steuerkapitalien der Waldungen, der Grundstücke und der Gebäude auf Werten einer längst vergangenen Zeit beruhen. Eine Revision unseres liegenschaftlichen Steuerkatasters muß als ein Bedürfnis anerkannt werden. Eine solche Revision wäre in verschiedener Weise ausführbar. Man kann unter Beibehaltung der bestehenden einzelnen Ertragssteuergesetze nur wenige Aenderungen in diesen vornehmen, insbesondere andere Normaljahre einfügen, welche der Gegenwart näher liegen, oder man kann ein allgemeines neues Steuergesetz, sei es nach dem Prinzip der Ertragssteuer, sei es nach dem Prinzip der Vermögenssteuer, erlassen. Letzteren Weg hat die Großherzogliche Regierung erwählt, indem sie dem Landtag ein ins einzelne ausgearbeitetes Vermögenssteuergesetz vorgelegt hat. Die Erlassung eines derartigen Teilgesetzes, welches die Ausführungsbestimmungen eines künftigen Steuergesetzes enthält, ist auch im Auge Ihrer Budgetkommission, unbedenklich, aber doch nur dann, wenn es unpräjudizierlich für die Gestaltung des künftigen Hauptgesetzes abgefaßt wird. Ein künftiger Landtag darf durch ein derartiges Teilgesetz in keiner Weise gebunden werden und muß freie Hand behalten, aufgrund des gewonnenen Zahlenmaterials sich für das eine oder andere Steuersystem, für die Vermögenssteuer oder die Ertragssteuer zu entscheiden. Was dagegen den Schuldenabzug betrifft, welcher gegenwärtig in den weitesten Kreisen gefordert wird, so ist zuzugeben, daß ein solcher bei dem System einer Vermögenssteuer wesentlich einfacher und leichter durchzuführen ist; eine absolute Unmöglichkeit für ihn liegt aber auch bei den Ertragssteuern nicht vor. Es handelt sich hierbei um keine prinzipielle, sondern nur um eine steuertechnische Frage, welche sich bei einem festen Willen lösen läßt. Schon jetzt werden in verschiedenen Kreisen Befürchtungen in bezug auf die künftige Einführung einer Vermögenssteuer laut. In der Industrie befürchtet man die Wirkung der vorgeschlagenen Progression bei Bildung der gewerblichen Steuerkapitalien; die Grundbesitzer folgern aus der Bestimmung, nach welcher die verschiedenen Vermögensarten mit dem gleichen Steuerfuß herangezogen werden sollen, daß diejenigen Vermögensarten, welche am wenigsten Ertrag abwerfen, am schwersten werden belastet werden; den größeren Städten bangt es vor der nicht zu berechnenden Wirkung der neuen Gesetzgebung auf ihre verschiedenen Lebenskreise; sie richten in zahlreichen Petitionen an den Landtag die Bitte, es möge zunächst das Ergebnis der neuen Katasteraufnahme abgewartet und erst auf dieser Grundlage an die Beratung und Beschlußfassung hinsichtlich des den Ständen vorgelegten Gesetzentwurfs, betreffend die Steuerreform herangetreten werden. Aus diesen Gründen vermag Ihre Budgetkommission Ihnen die Annahme eines derartigen Teilgesetzes nur dann anzuempfehlen, wenn jedes Präjudiz auf die Gestaltung des künftigen Hauptgesetzes aus ihm entfernt wird, und beantragt, zu diesem Zwecke schon in der Ueberschrift des Gesetzes die Worte „zur Vermögenssteuer zu streichen und dem entsprechend dem § 1 folgende Fassung zu geben:

§ 1. Zum Zwecke einer Reform der direkten Steuern sind die im Großherzogtum gelegenen Grundstücke und Gebäude, sowie das Bergwerkseigentum neu einzuschätzen, soweit nicht dieses Gesetz deren Freilassung von der Einschätzung ausdrücklich anordnet. Ferner wird dem entsprechend beantragt: in § 1 Absatz 1 zu setzen „Besteuerung" anstatt Vermögensbesteuerung in § 5 Absatz 3 zu setzen „Steuerwerts" anstatt Vermögenssteuerwerts; in § 11, § 14 Absatz 4 und § 14 zu setzen „Steuerwert" anstatt Vermögenssteuer. Alle übrigen Einzelbestimmungen des Gesetzentwurfs empfiehlt Ihnen Ihre Budgetkommission zur unveränderten Annahme. Der Schlußantrag lautet: „Die Erste Kammer wolle 1. den Gesetzentwurf mit den von der Budgetkommission vorgeschlagenen Aenderungen genehmigen, und 2. die Petitionen der Städte, soweit sie sich auf den vorliegenden Gesetzentwurf beziehen, als durch Annahme des letzteren erledigt erklären."

Finanzminister **Buchenberger**: Zunächst danke ich für die freundliche Beurteilung, die unser Reformwerk in dem Hause gefunden hat. Weniger erfreulich ist es aber für mich, daß der Berichterstatter den Endzielen der Reform skeptisch gegenübersteht. Es wird die Meinung verbreitet, daß man nach einer neuen Katastrierung nicht notwendig zu dem System der Vermögenssteuer kommen muß. Es wird für eine solche Lösung geltend gemacht, daß man dann die Möglichkeit der Festsetzung differenzieller Steuerfüße habe. Was die von der Kommission vorgeschlagene mehr formelle Aenderung betrifft, so begegnet dieselbe keinem Widerspruch vonseiten der Regierung. Den Motiven, die zu der vorgeschlagenen Aenderung geführt haben, kann ich jedoch nicht beipflichten. Das muß ich zum Ausdrucke bringen, daß ich für eine Reform bei Beibehaltung des Ertragssteuersystems im Sinne differenzieller Steuerfüße für einzelne Vermögenssteuerwerte schwerlich bereit zu finden bin. Was wir wollen, ist, daß zu der Einkommensteuer eine Vermögenssteuer tritt, die das Vermögen als solches gleichmäßig trifft, ob es produktiv angelegt ist oder nicht. Nach unserer Auffassung ist der Kernpunkt der Sache der, daß der Vermögensbesitz einer besonderen Versteuerung unterworfen wird. Wenn auch heute der Standpunkt der Regierung und Ihrer Kommission sich nicht deckt, so hoffe ich doch, daß, wenn die Neukatastrierung vollendet ist, wir zu einer Verständigung kommen, durch die eine Lösung der wichtigen Frage herbeigeführt wird.

Freiherr **v. Göler** kam auf einzelne Darlegungen des Finanzministers zu sprechen und bemerkte, wir haben keine Ursache allzusehr zu verlangen, daß die Reform bald eintritt, denn ich glaube, daß wir schwerlich bei dem Steuerfuß werden stehen bleiben können. Es liegt also keine Ursache vor, die Sache zu beschleunigen. Wünschenswert ist es, sozialpolitischen Momente nicht in die Steuergesetzgebung hineinzutragen.

Damit war die allgemeine Diskussion geschlossen.

In der Spezialberatung ergriff niemand das Wort.

Die Anträge der Kommission und der Gesetzentwurf wurden einstimmig angenommen.

(Schluß folgt.)

---

## Entrüstete Biedermänner.

✱ „Ote toi que je m'y mette". Das ist die edle Absicht, welche die Opposition leitet, bei ihrem Vorgehen gegen die nationalliberale Partei und gegen die Regierung in der Wahlrechtsfrage. Um diesen Gedanken zu verhüllen, hat der Herr Abg. Wacker seine endlosen Brochüren und Kilometer-Artikel geschrieben, und auch sein dickleibiger Abänderungsvorschlag zur Wahlkreiseinteilung mit den schwulstigen Kapitelüberschriften ist von dieser schönen Tendenz beeinflußt. Die Absichten der Opposition parlamentarisch zu vertreten und vor der Oeffentlichkeit im schimmernden Lichte des selbstlosen Edelmutes noch vor Schluß des Landtags erscheinen zu lassen, war der innere Zweck der heutigen Sitzung. Mit einer kurzen sachlichen Einleitung Heimburgers wurde losgesteuert und die nationalliberale Partei beschränkte sich darauf, eine Erklärung abzugeben, deren Vorlesung der Abg. Wacker mit düsteren Blicken begleitete, besonders bei den Stellen, wo der Großh. Regierung volles Vertrauen ausgesprochen und die Opposition daran erinnert wird, daß auch sie nicht umhin gekonnt hat, dieser von ihr so vielfach befehdeten Regierung alle Anerkennung zu zollen für ihre vorzügliche Verwaltung der Staatsgeschäfte. Mit fliegender Eile machte sich der Führer des Centrums Notizen. Als Wilckens erklärte, die nationalliberale Partei wolle mit ihren Vorschlägen für die Zukunft sorgen, löste sich die lautlose Stille

des Hauses und die nationalliberale Partei konnte, was Fieser später anführte, wirklich mit jenem Schaustück der Wasserkunst im Schwetzinger Schloßgarten verglichen werden, wo die Eule von wasserspeienden Vögeln aller Art umgeben dasitzt. Von allen Seiten regnete es Zwischenrufe. Muser kostete es ein hysterisches Gelächter, Heimburger brach in helle Entrüstung aus und die Sozialdemokraten und Herr Wacker warfen sich verständnisvoll Blicke über die Schlechtigkeit der Nationalliberalen zu, gerade als ob es den Herren von der Opposition mit ihrer Verfassungsänderung um nichts anders zu thun wäre, als ihren Parteien in Zukunft die Mandate zu sichern und, was möglich, zu nehmen. Unbekümmert fuhr indessen der nationalliberale Redner fort und die loyalen bestimmten Erklärungen, die der Redner unter dem lauten Beifall seiner Fraktionsgenossen abgab, werden ihren Eindruck im Lande nicht verfehlen. Nach Muser ist nur derjenige gescheid und vernünftig, der sich zu der doktrinären Auffassung des Redners über das direkte Wahlrecht bekennt oder dazu bekehren läßt. Eine gelegentliche Aeußerung der „Kölnischen Zeitung" über die Ungefährlichkeit der Sozialdemokratie versetzt Herrn Wacker in helles Entzücken, der überhaupt den seichten demokratischen Redefluß zeitweilig mit gnädigen Beifallsäußerungen zu begleiten beliebt. Muser befürchtet durch Einführung von Bürgerausschußvertretern der großen Städte ein Ueberwuchern der lokalen Interessen, was wohl von einigen Abgeordneten mit reuevollen Empfindungen im Hinblick auf einzelne Leistungen bei der Etatsberatung begleitet worden ist.

Ein Bismarck'sches Citat begleitete Herr Muser mit der Versicherung, daß er nicht in allen Punkten ein Gegner Bismarcks gewesen sei, ein Ausspruch von eminenter Tragweite. Zehnter konsternierte die gesamte Opposition mit seinem harmlosen Vorschlag, das direkte Wahlrecht auf sechs Jahre probeweise einzuführen, worauf Fendrich mit dürren Worten erklärte, daß in diesem Fall die Sozialdemokraten nicht mehr mitmachen würden, und Herrn Wacker dadurch in große Unruhe versetzte. Fiesers Ausspruch: „Wir wollen nur die Majorität", der sich doch wahrlich genau in denselben Bahnen bewegt, wie das ganze Abmühen der Opposition die Herrschaft im Staate an sich zu bringen, ist Herrn Wacker ein Greuel und er wundert sich, daß Fieser an Ansehen nichts eingebüßt hat und seine Stellung in der Fraktion nicht erschüttert ist, vermutlich von einem Gefühl begreiflichen Neids, im Hinblick auf seine eigene Stellung innerhalb der Centrumsfraktion beeinflußt, die Herrn Wacker in der letzten Zeit wiederholt im Stich gelassen hat. Wir erinnern nur an die gehässige Anrempelung Obkirchers bei dessen Abänderungsanträgen über die Unteilbarkeit der Grundstücke, wo sich für Herrn Wacker niemand aus seiner Fraktion rühren wollte. Auch heute mußte der Führer der Centrums seinen Platz wieder einnehmen, ohne daß ihm aus den Reihen Beifall auch nur gemurmelt worden wäre. Ohne eine Verdächtigung thut es Herr Wacker nun einmal nicht und so wurde gegen die Nationalliberalen aufs Neue der nichtswürdige Vorwurf erhoben, daß sie es auf Abschaffung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts abgesehen hätten. Mit Entrüstung wies Fieser die Wacker'schen Insinuationen zurück und erinnerte daran, daß die nationalliberale Partei es war, welche das allgemeine und gleiche Wahlrecht überhaupt eingeführt hat und Herr Wacker bekam es auf den Kopf zugesagt, daß die indirekte Wahl allerdings eine Kautele gegen gewissenlose demagogische Verhetzung sei. Als Fieser den Zwang der Wahlmänner, vorbenannte Kandidaten wählen zu müssen, als eigentlich nicht verfassungsgemäß bezeichnete, machte Herr Wacker den ungeschickten Zwischenruf „Manöver", der ihm die gründlich Abfertigung eintrug, daß die Nationalliberalen gegen ihn die reinen Waisenknaben seien. Muser, der mit dem Gespenst der Steuerverweigerung gedroht hatte, wenn der Ansturm der Opposition diesmal nicht von Erfolg sei, wurde gebeten, doch einmal Ernst zu machen mit dieser Art von verfassungsmäßiger Opposition. Das Experiment würde seinen Urhebern schlecht bekommen. Bei Erwähnung des Proporzes bekamen es die Demokraten zu hören, daß sie im Verhältnis zu ihrer Bedeutung in unverdienter Zahl im Hause sitzen und den Sozialdemokraten wurde bedeutet, daß wenn erst das Centrum die Majorität hat, daß dann der große Tag der Freiheit anbricht, wenn die Volksvertretung zur Dienerin und Handlangerin der Reaktion mißbraucht wird. Die Befürchtungen, daß durch die Wahl von Bürgerausschußvertretern die leidige Politik in die städtischen Kollegien gedrängt wird, hat den Führer unserer Partei heiter gestimmt, wenn er an die Vorgänge bei den Bürgerausschußwahlen denkt. Zehnter habe übrigens wohl empfunden, daß die Gewährung des direkten Wahlrechts ein Sprung ins Dunkle sein würde, daher auch sein Vorschlag, das direkte Wahlrecht auf Probe zu geben. Mit lauernden Blicken beobachtete Herr Wacker seinen Fraktionskollegen Zehnter bei dieser Feststellung, für den er vorher schon ein so vielsagendes überlegenes Lächeln gehabt hatte. Um 1 Uhr wurde die Sitzung abgebrochen, die um 4 Uhr wieder aufgenommen werden wird.

## Handel und Verkehr.

* **Frankfurt a. M.**, 2. Juli. (Schlußkurse 1 Uhr 45 M.) Wechsel Amsterdam 169.—, London 204.16, Paris 813.16, Wien 841.66, Ital. 766.50, Privatdisk. 4⅞. 4% Deutsche Reichsanl. (abg. 3⅜) 93.30, 3% Deutsche Reichsanl. 87.15, 3% Preuß. Konsols (abg. 3⅜) 95.15, 3½% Baden in Gulden 93.50, 3½% Baden in Mark 93.30, 3½% do. 93.30, 3% do. 1896 —.—, Oesterr. Goldrente 97.30, Oesterr. Silberrente 96.20, Oesterr. Lose von 1860 134.50, 4½% Portug. 85.50, Deutsche Bank 190.20, Badische Bank 121.—, Rheinische Kreditbank 141.—, Rhein. Hypothekenb. 161.50, Pfälzer Hypothekenb. 161.45, Oesterr. Länderb. —.—, Schweiz. Central 140.—, Schweiz. Nordost 90.—, Schweiz Union 79.—, Jura-Simplon 87.10, Bad. Zuckerfabrik 77.—, Nordd. Lloyd 106.—, Hamb. Amerika 118.95, Maschinenfabrik Gritzner 180.—, Karlsruher Maschinenfabrik 255.—, La Veloce St.-A. Le 48.—.

* **Paris**, 2. Juli. An der heutigen Börse notieren: 3proz. Rente 100.25, 5proz. Italiener 94.80, Spanier 72.10. Türken D 22.85, Banque Ottomane 548.—, Rio Tinto 13.05.

* **Karlsruhe.** (Schlacht- und Viehhof.) In vergangener Woche vom 25. Juni bis 30. Juni wurden im hiesigen Schlachthof geschlachtet: 221 Stück Großvieh (31 Ochsen, 91 Rinder, 67 Kühe, 32 Farren). 477 Kälber, 692 Schweine, 32 Hammel, 3 Kitzlein, 0 Ziegen, 3 Pferde, 18105 kg Fleisch wurden außerdem von auswärts eingeführt und der Beschau unterstellt. Zum Markte waren aufgetrieben 31 Ochsen, 74 Rinder, 33 Kühe, 32 Farren, 673 Schweine, — Pferde, 386 Kälber, 1 Hammel, 0 Kitzlein. Kaufpreis der Ochsen: 68—72 M., der Rinder 63—68, der Kühe 48—60, der Farren 58—63 M., der Schweine 47—51 für 50 Kilo Schlachtgewicht, der Kälber 42—53 M. für 50 Kilo Lebendgewicht, der Hammel 54 M. für 50 Kilo Schlachtgewicht, der Kitzlein —.——.— M. per Stück. Von diesen 170 Stück Großvieh sind 61 Stück aus Oesterreich-Ungarn. Tendenz des Marktes lebhaft.

* **Bretten**, 30. Juni. Zum heutigen Kirschenmarkt waren zugeführt 100 Körbe; Preis im Versandtkorb 15—18 M. für 100 kg, im Kleinverkauf 20 Pf. für 1 kg. Anmeldungen für den nächsten Markt (Dienstag) 60 Körbe. Anmeldungen über Zufuhr und Bedarf können an jedem Markttag auf der Polizeiwachtstube gemacht werden.

## Haus- und Landwirtschaft.

### Wein.

S. **Vom Haardtgebirge**, 30. Juni. Die Trauben haben seit der Blüte, die rasch und gleichmäßig verlief, recht erfreuliche Fortschritte gemacht, und es ist keine Seltenheit, daß man Trauben findet, die hängen und deren Beeren Erbsengröße erreicht haben. Die Träubchen hängen fest und ist an einem Ab- bezw. Durchfall der Traubenbeerchen nicht zu denken. Der Weinbergsstand ist im allgemeinen ein überaus günstiger, indem das Rebholz sehr kräftig sich entwickelt hat und das von Ueppigkeit strotzende Laub in schönster dunkelgrüner Farbe sich zeigt. Von Oidium oder Peronosporaceen hat sich bis jetzt noch keinerlei Spur gezeigt, hingegen wurden über das Vorkommen des Heuwurmes in den Träubchen hier und da Klagen laut. Da man aber diesem Schädling, wo er sich zeigt, energisch mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu Leibe rückt, wird dieser Traubenfeind sein Spiel nicht mehr lange treiben können und der durch denselben entstandene Schaden nicht von Bedeutung sein. Der Traubenbehang ist allenthalben ein so reichlicher, wie solcher nur in ausgezeichneten Jahren vorkommt, sodaß bei einigermaßen günstiger Witterung an Quantität eine ausgezeichnete Ernte sich erwarten läßt; betreffs der Qualität wäre ein Urteil verfrüht. Im Weingeschäft herrscht immer noch zufriedenstellender Verkehr, indem 98er und 99er Portugieserlagen sich einer regen Nachfrage erfreuen. Die Weinpreise haben in letzter Zeit keinerlei Veränderungen erfahren.

## Letzte Nachrichten.

w **Mannheim**, 2. Juli. Heute mittag gegen ¼4 Uhr wurde in der Neckarvorstadt ein junger Mann von einem Radfahrer umgeworfen und von einem vorbeifahrenden Fuhrwerk sofort getötet.

BN. **Friedrichshafen**, 2. Juni. Nachdem gestern abend mit Eintritt der Dunkelheit die Windbewegung auf ein minimales Maß zurückgegangen war, und die ungeduldigen Menschenmassen sich verlaufen hatten, wurde Graf Zeppelin ermutigt, im engeren Kreise der zurückgebliebenen Aktionäre und geladenen Gäste einen Auffahrtsversuch mit seinem Ballon vorzunehmen. Um ¾8 Uhr wurde das Luftschiff abgelassen. Auch Pontons wurden befestigt. Das Luftschiff wurde zur größeren Hälfte vom „Buchhorn" aus der Halle gezogen. Die Propeller setzten sich in Bewegung und während die Feuerwehrleute zur Mitwirkung unterwiesen wurden, drehte sich der Koloß vorwärts, rückwärts und seitswärts und trieb 4 m hoch. Nach 1½-stündigem Experimentieren wurde der Ballon wieder in die Halle geschoben. Graf Zeppelin soll von dem Resultat des Versuchs vollständig zufrieden sein. Heute vormittag wurden die Fahrversuche fortgesetzt.

## Die chinesische Krisis.

Die Katastrophe ist nun doch eingetreten. Es ist Betrug gewesen, wenn die chinesischen Behörden von der Sicherheit der Gesandten, für die sie angeblich bürgten, gesprochen haben. Die erste Nachricht von dem Gesandtenmord war richtig. Seit dem 18. Juni lebt der arme Herr v. Ketteler nicht mehr. Sein sonst von Glanz und höchstem politischen Einfluß umgebener Beruf hat ihn das Leben gekostet. Bestätigt sich eine weitere Nachricht, so sind die Kaiserin-Mutter und der Kaiser von China entthront worden vom Prinzen Tuan, der in letzter Zeit als ultra-fremdenfeindlicher Führer hervorgetreten ist. So hat sich denn die Situation sehr verschlimmert. Das Deutsche Reich, bisher nicht mehr interessiert, als die anderen in Ostasien aktiv beteiligten Großmächte, hat jetzt die Verletzung des Gesandtenrechtes zu sühnen. Es muß besondere Mittel aufwenden, um die Ehre und die Macht seiner Stellung zu behaupten. Dabei muß nochmals mit einem Stolz, den nur die Trauer über den Verlust so zahlreicher Tapferen beeinträchtigt, hervorgehoben werden, mit wie großer, vom Ausland neidlos anerkannter, Auszeichnung unsere Offiziere und Mannschaften da draußen gekämpft haben. Aber mit den schönsten Ehrentagen deutscher Geschichte haben diese Ereignisse gemein, daß Schmerz und Sorgen ihren Glanz verdunkeln.

### Telegramme.

w **Wilhelmshaven**, 2. Juli. **Das 1. Seebataillon traf mittels Sonderzuges von Kiel im hiesigen Hafen ein, wo der Zug bei dem Transportdampfer „Wittekind" hielt. Die Einschiffung der Truppen hat sofort begonnen.**

w **Berlin**, 2. Juli. **Der kaiserliche Konsul in Tschifu telegraphierte: Unser Gesandter in Peking ist am 18. Juni ermordet worden.**

w **Shanghai**, 1. Juli. **Prinz Tuan bemächtigte sich der Personen des Kaisers und der Kaiserin und riß die höchste Gewalt an sich.**

w **Berlin**, 2. Juli. **Der kaiserliche Konsul in Tientsin telegraphiert unter dem 29. v. M.: Durch einen chinesischen Boten ist soeben folgende schreckliche, mit Robert Hart unterzeichnete Nachricht aus Peking eingetroffen:**

**Herr v. Bergen (Anm. des W. I. B. 2. deutscher Legationssekretär) an den Kommandeur der europäischen Truppen:**

**Die Fremden-Kolonie wird in den Gesandtschaften belagert. Die Situation ist verzweifelt, eilt Euch.**

**Ein Telegramm desselben Konsuls vom Sonntag nachmittag 4 Uhr besagt:**

**Ein angeblich von einem Missionar aus Peking abgeschickter Bote berichtet soeben, daß der deutsche Gesandte Baron v. Ketteler auf dem Wege nach dem Tsungli-Yamen ermordet worden und die Mehrzahl der Gesandtschaften verbrannt seien. Die Schutzwachen litten Munitionsmangel.**

w **Berlin**, 2. Juli. Die hiesige Shantung-Eisenbahngesellschaft erhielt heute vormittag folgendes Telegramm aus Tsingtau: Die Eisenbahnarbeiten wurden infolge der politischen Wirren eingestellt. Zwischen Kiauho und Weihsien sind Unruhen ausgebrochen. Die Eisenbahn-Ingenieure wurden von den aufständischen Soldaten ausgeplündert, konnten sich aber zurückziehen.

w **Shanghai**, 1. Juli. Aus amtlicher Quelle verlautet, daß die Chinesen zwischen Shanghai und dem Arsenal von Kungwan Torpedos gelegt haben. Die Forts am Yangtsekiang, zwischen Nanking und Wusung sind in Stand gesetzt, um den Fremden Widerstand zu leisten.

w **Hongkong**, 1. Juli. Obgleich die fremdenfeindliche Stimmung in Canton und Umgebung noch anhält, wird sie doch durch Maßregeln des Vizekönigs niedergehalten, der bedeutende Truppenmassen zur Verstärkung aushebt.

## Der große New-Yorker Dockbrand.

w **New-York**, 1. Juli. Man glaubt nicht, daß bei der großen Feuersbrunst in den Docks von Hoboken viele Besucher und Passagiere umgekommen sind. In dem Augenblick, wo die „Bremen" von den Flammen erreicht wurde, vernahm man eine starke Explosion. Das Schiff schwankte und sank unter. Eine große Menge Personen wurde dabei ins Wasser geschleudert. Die „Saale" trieb auf dem Strome bis zur Insel Liberte, wo sie gestrandet ist. Bis jetzt wurden 50 Leichen von Angestellten der Gesellschaft geborgen, deren Identität noch nicht festgestellt ist. Die Gesamtzahl der Toten wird auf 200 geschätzt. Der Chef der Feuerwehr von New-York hält die „Saale" für verloren. Man hofft, daß der Dampfer „Main" erhalten bleibt.

w **Bremen**, 2. Juli. Nach Mitteilungen des „Norddeutschen Lloyd" beträgt das Selbstrisiko des „Lloyd" bei dem Brande in Hoboken ca. 9 Millionen Mark, denen eine Assekuranz-Reserve von annähernd gleicher Höhe gegenübersteht. Sämtliche drei Dampfer sind auf den Strand gesetzt. Man erwartet, daß die Maschinen und Kessel unbeschädigt sind und nur die Deckbauten gelitten haben. In diesem Falle würde der Verlust mit 3—4 Millionen Mark zu schätzen sein. Der Dampfer „Kaiser Wilhelm der Große" ist nur leicht beschädigt und geht planmäßig am Dienstag nach Europa.

## Nachtrag.

* **Die Großherzoglichen Herrschaften** sind heute vormittag 11 Uhr 26 Min. von Baden-Baden nach Cronberg hier durchgereist.

= **Polizeibericht.** In der verflossenen Nacht wurde in den Lagerplatz eines Steinhauergeschäfts in der Durlacher Allee eingestiegen und von bis jetzt unbekannter Hand ein fertig gestellter Grabstein umgeworfen und zertrümmert, so daß dem Geschäft ein Schaden von etwa 400 M. zugefügt wurde. — Gestern abend soll sich ein Sergant des Leib-Grenadier-Regiments Nr. 109 hier erschossen haben. Näheres ist nicht bekannt. — Heute vormittag ¾12 Uhr wurde eine Frau aus Rüppurr, als sie zwischen der Wald- und Karlstraße mit einem Kuhfuhrwerk einem vom Mühlburgerthor herkommenden Motorwagen ausweichen wollte, von letzterem angefahren, zu Boden geworfen und auf die Seite geschleudert, so daß sie am Kinn und beiden Knieen blaue Flecken erlitt. Ein vorbei passierender Arzt konstatierte nur leichte Beschädigung, fand, daß der Schreck die Frau arg mitgenommen hatte und ließ sie auf den Wagen setzen, worauf ihr Mann sie nach Hause fuhr. Den Kutscher des Motorwagens soll keine Schuld treffen.

♂ **Frankfurt a. M.**, 2. Juli. (Telegr. Börsenbericht.) Der große Brand in New-York und die Ermordung des deutschen Gesandten in Peking haben die Börse nicht so tief berührt, wie man mancherseits befürchtet hatte. Nordd. Lloyd verlor 10 Proz., später noch 2. Banken stellten sich 1 Proz., Montanwerte 1—2 Proz. niedriger. Später war die Tendenz behauptet.

☞ Die große, wenn auch von gegnerischer Seite übertriebene Bedeutung der Landtags-Debatten zwingt uns heute, uns im wesentlichen auf die Wiedergabe dieser Berichte und der wichtigen Meldungen über die Vorgänge der Weltpolitik, zumal in Ostasien, zu beschränken. Morgen werden wir in einer Sonder-Beilage den zurückgestellten Stoff nachtragen.

Verantwortlicher Redakteur: Felix v. Eckardt,
Reklamen und Inserate: Ludwig Lorbach, beide in Karlsruhe.

### Bahnverbindung Karlsruhe—Baden-Baden.

| | | | | | | | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Karlsruhe | ab V. | 1.56 | 3.28 | 5.22 | 6.33 | 7.09 | 8.12 | 8.15 | 8.52 | 9.36 D †) | | 11.15 |
| Baden | an „ | 2.49 | 4.25 | 6.33 | 7.18 | 8.20 | 8.56 | 9.33 | 9.33 | 10.18 | | 12.24 |
| Karlsruhe | ab N. | 12.23 | 12.36 | 2.07 §) | 2.22 | 3.18 | 4.00 | 4.20 | 4.48 | 5.41 | | |
| Baden | an „ | 1.08 | 1.20 | 2.56 | 3.28 | 4.03 | 5.04 | 5.04 | 5.32 | 6.36 | | |
| Karlsruhe | ab N. | 5.43 †) | 6.20 | 7.37 | 8.19 | 9.35 ?) | 9.40 ?) | 10.34 ♀) | 10.44 ‡) | 11.43 ±) | | |
| Baden | an „ | 6.23 | 7.43 | 8.21 | 9.45 | 10.26 | 10.41 | 11.25 | 11.25 | 12.46 | | |
| Baden | ab V. | 1.32 | 4.05 ‡) | 3.49 | 5.22 | 7.52 | 8.25 | 10.27 | 10.35 | | | |
| Karlsruhe | an „ | 2.17 | 4.47 | 5.40 | 6.40 | 8.45 | 9.25 | 11.15 | 11.26 | | | |
| Baden | ab V. | 10.35 | 11.59 †) | 11.50 D †) | | | | | | | | |
| Karlsruhe | an „ | 11.50 | 12.37 | 12.41 | | | | | | | | |
| Baden | ab N. | 12.48 | 1.26 | 1.34 | 4.12 | 4.40 D †) | 5.04 | 5.52 | 6.36 ?) | 6.36 | | |
| Karlsruhe | an „ | 1.35 | 2.06 | 2.48 | 5.20 | 5.36 | 5.45 | 6.59 | 7.18 | 7.25 | | |
| Baden | ab N. | 7.12 §) | 7.22 | 7.22 | 7.22 | 8.21 ?) | 8.40 | 10.10 §) | 10.10 | | | |
| Karlsruhe | an „ | 7.57 | 8.04 | 8.09 | 8.16 | 9.17 | 10.05 | 10.55 | 11.25 | | | |
| Baden | ab N. | 11.52 | 12.22. | | | | | | | | | |
| Karlsruhe | an „ | 12.43 | 1.24. | | | | | | | | | |

†) 1. und 2. Klasse. §) Sonntags, sowie am 24. Mai, 4., 14. und 29. Juni, 15. August und 8. September. ?) Sonn- und Feiertags und 8. September. ‡) Nur 1. Klasse mit Zuschlag. ±) Nötigenfalls erst 20 Minuten nach Schluß des Hoftheaters. ♀) Luxuszug, nur 1. Klasse.

### Meteorologische Beobachtungen vom 2. Juli, morgens 8 Uhr.

| Ort | Barom. 0 Gr. n. d. Meeresniv. red. in Mill. | Wind Richtung | Wind Stärke | Wetter | Temperatur in Celsiusgraden |
|---|---|---|---|---|---|
| Stornoway | | | | | |
| Blacksod | 752 | W | schwach | wolkig | 13 |
| Shields | 758 | WSW | leis. Zug | halb bed. | 14 |
| Scilly | 754 | SSW | leis. Zug | bedeckt | 14 |
| Isle d'Aix | 760 | SSW | schwach | bedeckt | 10 |
| Paris | 753 | SW | schwach | bedeckt | 19 |
| Vlissingen | 755 | SW | leicht | Regen | 17 |
| Helder | 755 | SW | leicht | Regen | 14 |
| Christiansund | 750 | ONO | schwach | wolkig | 13 |
| Skudesnaes | 750 | NW | leicht | wolkig | 14 |
| Skagen | 751 | SW | leicht | bedeckt | 14 |
| Kopenhagen | 755 | SW | schwach | bedeckt | 16 |
| Karlstad | 751 | S | stark | bedeckt | 15 |
| Stockholm | 754 | | still | wolkig | 19 |
| Visby | 754 | W | mäßig | wolkig | 17 |
| Haparanda | 758 | SW | mäßig | bedeckt | 13 |
| Borkum | 755 | SSW | leis. Zug | bedeckt | 15 |
| Keitum | 754 | SW | leicht | bedeckt | 16 |
| Hamburg | 756 | SW | mäßig | halb bed. | 15 |
| Swinemünde | 767 | WSW | schwach | halb bed. | 16 |
| Rügenwalder-münde | 757 | WSW | leicht | wolkenl. | 17 |
| Neufahrwasser | 756 | SW | leicht | wolkig | 18 |
| Memel | 755 | WSW | leicht | halb bed. | 14 |
| Münster (Westf.) | 756 | W | leis. Zug | Regen | 14 |
| Hannover | 757 | | still | Regen | 15 |
| Berlin | 758 | W | schwach | wolkig | 18 |
| Chemnitz | 760 | S | leicht | bedeckt | 17 |
| Breslau | 760 | WSW | schwach | bedeckt | 19 |
| Metz | 759 | SSW | frisch | bedeckt | 19 |
| Frankfurt (Main) | 758 | SW | leicht | Regen | 17 |
| Karlsruhe | 760 | SW | frisch | bedeckt | 21 |
| München | 763 | | still | wolkig | 20 |

**Wetterbericht des Centralbur. f. Meteorol. u. Hydr. vom 2. Juli.**

Eine Depression erstreckt sich von Schottland bis Mittelschweden, während im Süden Kontinentaleuropas der Luftdruck am höchsten ist. In Deutschland ist das Wetter meist wärmer, trüb und regnerisch bei schwachen Südwestwinden. Eine wesentliche Aenderung ist nicht zu erwarten.

* **Hamburg**, 29. Juni. Neueste Nachrichten über die Bewegungen der Dampfer der Hamburg-Amerika-Linie. D. „Arcadia", 27. Juni in Hamburg. S.D. „Auguste Victoria", von New-York nach Hamburg, 29. Juni 6 Uhr vorm. von Cherbourg. D. „Batavia", 26. Juni 6 Uhr nachm. von New-York via Cherbourg nach Hamburg. D. „Belgravia", von Hamburg nach New-York, 29. Juni 3 Uhr 40 Min. vorm. von Boulogne sur Mer. D. „Cheruskia", 25. Juni in St. Thomas. SD. „Columbia", von Hamburg via Southhampton und Cherbourg nach New-York, 29. Juni 5 Uhr vorm. Dover passiert. D. „Constantia", 27. Juni 5 Uhr nachm. von Neworleans via Newport News nach Hamburg. D. „Francia", 29. Juni 3 Uhr 15 Min. vorm. in Hamburg. D. „Frisia", von Hamburg nach Montreal, 26. Juni 9 Uhr vorm. in Quebec. SD. „Fürst Bismarck", 28. Juni 12 Uhr mittags von New-York via Plymouth und Cherbourg nach Hamburg. D. „Granaria", von Hamburg nach Philadelphia, 28. Juni 11 Uhr nachm. Cuxhaven passiert. D. „Helvetia", 29. Juni 5 Uhr 15 Min. nachm. in Hamburg. D. „Hispania", 27. Juni 5 Uhr nachm. in Stettin. D. „Holsatia", 27. Juni in Penang. D. „Palatia", 28 Juni 7 Uhr 30 Min. nachm. in Hamburg. D. „Pennsylvania", von Hamburg nach New-York, 26. Juni 1 Uhr nachm. von Plymouth D. „Polynesia", von Hamburg nach Westindien, 26. Juni 9 Uhr nachm. von Havre. D. „Sambia", 27. Juni von Shanghai nach Foochow. D. „Sicilia", 25. Juni 3 Uhr nachm. von Buenos Aires nach Genua D. „Syria", von St. Thomas nach Hamburg, 28. Juni 4 Uhr vorm. in Havre. D. „Valencia", 25. Juni in Hamburg. D. „Valesia", von Hamburg nach Westindien, 27. Juni 12 Uhr mittags in Antwerpen. 822.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

# $3^1/_2$% Grossherzoglich Hessische Staats-Anleihe von 1899

## von Nominal Mark 14,000,000.—.

Auf Grund der Bekanntmachung des Grossherzoglich Hessischen Ministeriums der Finanzen vom 9. März 1899 emittiert die Grossherzoglich Hessische Regierung eine zur Herstellung von Nebenbahnen und für den Ausbau bestehender Bahnlinien bestimmte

## $3^1/_2$% Staats-Anleihe von Nom. Mark 14,000,000.—

in auf den Inhaber lautenden Stücken von Mk. 5000.—, Mk. 2000.—, Mk. 1000.—, Mk. 500.— und Mk. 200.—. Die Zinscoupons sind fällig am **1. April** und **1. Oktober** und in **Darmstadt, Berlin** und **Frankfurt a. M.** zahlbar; ebendaselbst wird die kräftige Aushändigung neuer Zinsscheinbogen kostenfrei erfolgen. Die Tilgung des Schuldkapitals erfolgt in der Art, dass die jeweilig durch den Haupt-Voranschlag der Staats-Einnahmen und -Ausgaben dazu bestimmt werdenden Mittel zum Ankauf von Schuldverschreibungen verwendet werden. Dem Staat bleibt das Recht vorbehalten, die im Umlaufe befindlichen Staatsschuldverschreibungen oder einen beliebigen Teil derselben zur Einlösung mittelst Barzahlung des Nennwertes mit halbjähriger Frist zu kündigen. Den Inhabern der Schuldverschreibungen steht ein Kündigungsrecht gegen den Staat nicht zu. Die zur Rückzahlung gelangenden Schuldverschreibungen sind in Darmstadt, Berlin und Frankfurt a. M. zahlbar.

Alle die vorstehende Anleihe betreffenden Bekanntmachungen sind im Reichsanzeiger, sowie in mindestens einem Berliner und in einem Frankfurter Blatte zu veröffentlichen.

Die Zulassung der Anleihe an der Frankfurter Börse ist bereits erfolgt; diejenige bei der Berliner Börse ist beantragt.

Von den vorerwähnten Nom. Mark 14,000,000.— $3^1/_2$%igen Grossherzoglich Hessischen Staatsobligationen werden

## Nom. Mark 12,500,000.—

unter nachstehenden Bestimmungen zur öffentlichen Subskription aufgelegt:

1. Die Zeichnung findet

**am Freitag den 6. Juli ds. Js.**

in den bei jeder Zeichenstelle üblichen Geschäftsstunden statt:

in **Darmstadt:** bei der **Bank für Handel und Industrie,**
„ „ **Bank für Süddeutschland,**
in **Berlin** „ „ **General-Direktion der Seehandlungs-Societät,**
„ „ **Bank für Handel und Industrie,**
„ „ **Direktion der Diskonto-Gesellschaft,**
„ „ **Deutschen Bank,**
„ dem Bankhause **S. Bleichröder,**
„ „ „ **Robert Warschauer & Co.,**
in **Frankfurt a. M.:** „ „ „ **M. a. von Rothschild & Söhne,**
„ der **Filiale der Bank für Handel und Industrie,**
„ „ **Frankfurter Filiale der Deutschen Bank,**
„ dem Bankhause **Lazard Speyer-Ellissen,**
„ der **Pfälzischen Bank,**
in **Ludwigshafen a. Rh.:** „ „ **Pfälzischen Bank.**

Der frühere Schluss der Subskription bleibt vorbehalten. Anmeldeformulare können von den vorgenannten Stellen bezogen werden.

2. Der Subskriptionspreis ist auf **92**% zuzüglich laufender Stückzinsen vom 1. April l. J. bis zum Tage der Abnahme festgesetzt.

3. Bei der Subskription ist eine Kaution von 5% des Nominalbetrages in bar oder in den der betreffenden Zeichenstelle geeignet erscheinenden Effekten zu hinterlegen.

4. Die Zuteilung, welche dem freien Ermessen der Zeichenstellen überlassen bleibt, wird sobald wie möglich nach Schluss der Subskription unter direkter Benachrichtigung an die Zeichner vorgenommen werden.

5. Die Abnahme des zugeteilten Betrages in definitiven Stücken hat in der Zeit vom 16. Juli bis 31. August ds. Js. zu erfolgen.

6. Der Schlussnotenstempel geht zu Lasten der Subskribenten. 3580:1

**Darmstadt, Berlin, Frankfurt a. M.** und **Ludwigshafen a. Rh.,** im Juli 1900.

**General-Direktion der Seehandlungs-Societät.**
**Bank für Handel und Industrie.** **Bank für Süddeutschland.**
**Direktion der Diskonto-Gesellschaft.**
**Deutsche Bank.** **M. A. v. Rothschild & Söhne.**
**S. Bleichröder.** **Robert Warschauer & Co.**
**Lazard Speyer-Ellissen.** **Pfälzische Bank.**

---

# Bekanntmachung.

Den Fortbildungsunterricht betreffend.

Nach § 2 des Gesetzes vom 18. Februar 1874 sind Eltern, Arbeits- und Lehrherren **verpflichtet**, die **fortbildungsschulpflichtigen** Kinder, Lehrlinge, Dienstmädchen u. s. w. zur Teilnahme am Fortbildungsunterrichte **anzumelden** und ihnen die zum Besuch desselben erforderliche **Zeit zu gewähren.**

Zuwiderhandlungen werden mit Geldbuße bis zu 50 Mark bestraft (Abs. 2 desselben §).

Fortbildungsschulpflichtige Dienstmädchen, Lehrlinge u. s. w., die von auswärts hierher kommen, sind **sofort** anzumelden, ohne Rücksicht darauf, ob dieselben schon in ein festes Dienst- oder Lehrverhältnis getreten oder nur **versuchs- oder probeweise** aufgenommen sind. 91.—7

**Karlsruhe,** im Februar 1899.

**Das Rektorat:**
G. Specht, Stadtschulrat.

---

Vor den bevorstehenden **Sommerreisen** empfehlen wir dringend, Hausmobiliar und Wertgegenstände gegen

**Einbruch und Diebstahl**

bei der **Aachener und Münchener Feuer-Versicherungs-Gesellschaft**

zu versichern. Die Bedingungen sind **liberal** und **frei von Härten.**

| Coupon-Policen über | für Haushaltungen bis zum Werte von | zahlen an Jahresprämie |
|---|---|---|
| M. 5,000 | M. 10,000 | M. 5.— |
| „ 10,000 | „ 20,000 | „ 10.— |
| „ 15,000 | „ 30,000 | „ 15.— |

Prospekte werden auf Wunsch **kostenfrei** zugesandt. Auskunft erteilen die Agenten der Gesellschaft und die 3559.7.1

Generalagentur **Ottomar Alias, Bismarckstraße 37 a.**

---

# St. Blasien

**Sommerfrische, Luft- und Terrainkurort** im südl. Schwarzw., 772 m ü. M. 2059.6.5

**Hôtel und Kurhaus I. Ranges.**

Inmitten alter Anlagen u. Gärten an d. Ufern d. Alb; 200 Zimmer, prächt. Speise- u. Gesellschaftsräume, Terrassen, Altanen u. Veranden, Wasserheilanstalt neuest. Systems mit 33 m l. und über 4 m br. **Wandelhalle.** — **Pensionspreis** bis 1. Juli, Zimmer, Bedienung u. elektr. Beleuchtung inbegr. 6 bis $9^1/_2$ Mk., je nach Wahl d. mit **Aufschlag d. festen Preise** vers. Zimmer. **Lungenkranke sind ausgeschlossen.** — Prospekte unentgeltlich.

---

# Säckingen a. Rh.

**Hôtel, Mineral- u. Solbad.**

Altrenommiertes, guteingerichtes Haus, von Gärten umgeben, in der Nähe des Bahnhofes, freundliche Zimmer, gute Küche u. Keller, aufmerksame Bedienung bei mäßigen Preisen. **Mineralquelle** (Jod-, Brom- und lithionhaltige Kochsalztherme 29°) zu Trink- und Badekuren; Solbäder mit Rheinfelder Sole im Hause. Prospekt durch die Besitzer. 1402.6.3

**Schnurr & Degler.**

---

# Messmer's Glühluft-Caffee

UNVERZAGT.

Per Pfd. M. 1.20, 1.40, 1.60, 1.80, 2.—, 2.50.

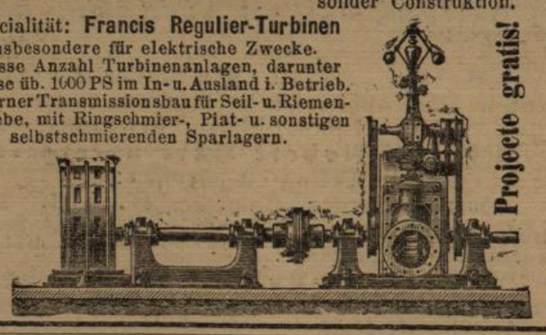
Niederlagen nur in den besseren Geschäften durch Plakate ersichtlich. 1622.12.9

---

**Gebr. Hemmer** Maschinenfabrik Aktiengesellschaft,
NEIDENFELS, Station Lamprecht (Rheinpfalz),
baut sämtliche **Maschinen zur Papierfabrikation,** ausserdem aller Systeme für alle Wasserverhältnisse in bewährter solider Construktion.

# Turbinen

Specialität: **Francis Regulier-Turbinen** insbesondere für elektrische Zwecke.
Grosse Anzahl Turbinenanlagen, darunter diverse üb. 1000 PS im In- u. Ausland i. Betrieb.
Moderner Transmissionsbau für Seil- u. Riemenbetriebe, mit Ringschmier-, Piat- u. sonstigen selbstschmierenden Sparlagern.



Projecte gratis!

3446.24.1

---

# Hotel und Pension Bellevue in Triberg,

bad. Schwarzwaldbahn, 715 m ü. M., wird hiermit Touristen und Luftkur-Bedürftigen bestens empfohlen. Prachtvolle Lage am Hochwald, in nächster Nähe der Wasserfälle. Gediegene Einrichtung, Bäder im Hause, grosser, schattiger Garten. Beliebtes Haus ersten Ranges, wegen vorzüglicher und billiger Bedienung auf's Vorteilhafteste bekannt. Elektrische Beleuchtung. Omnibus am Bahnhofe. 2001.18.9

**Albert Rotzinger,** Besitzer.

---

Mannheimer Eisengiesserei und Maschinenbau-Act.-Ges.
**Mannheim.**

**Rippenrohre.**
**Trocken-Anlagen**
***Fabrik-Heizungen.***

59.50.30

---

# Kaiser-Borax

**Das bewährteste Toilettemittel** (besonders zur Verschönerung des Teints), zugleich ein vielfach verwendbares **Reinigungsmittel im Haushalt.**

Genaue Anleitung in jedem Carton. Ueberall vorrätig. Nur echt in roten Cartons zu 10, 20 und 50 Pfg. Specialität der Firma Heinrich Mack in Ulm a. D.

3254.16.5

---

# Für Craveure!

die nicht selbst pressen, **übernehmen wir Prägungen in jedem Metall,** auch Vernickl., Versilberung, Vergoldung, Oxyd 2c. 3585.1

**Herm. Weissenburger & Cie., Cannstatt,**
Metallwaren- und Feuerwehrrequisitenfabrik.

---

# Vergebung von Glaserarbeiten.

Das **Verglasen der schmiedeeisernen Fenster** und **Oberlichter** im **städt. Elektrizitätswerk** soll vergeben werden.

Angebote sind bis

**Freitag den 6. Juli, vormittags 10 Uhr,**

auf unserem Bureau, Kaiserallee 11, einzureichen, woselbst auch im Zimmer Nr. 10 im 2. Stock die Bedingungen eingesehen werden können. 3550.2.2

Karlsruhe, den 28. Juni 1900.

**Städt. Gas- und Wasserwerke Karlsruhe.**

---

# Bauführer-Gesuch.

Für den Neubau eines Pfarrhauses in **Bonndorf** wird ein tüchtiger **Architekt** bezw. **Hochbautechniker** mit guter zeichnerischer Befähigung und praktischer Erfahrung als Bauführer zu **sofortigem Eintritt** gesucht.

Bei zufriedenstellenden Leistungen ist eine längere Dauer der Beschäftigung nicht ausgeschlossen.

Bewerber, welche schon bei Bezirks-Bauinspektionen mit Erfolg als Bauführer beschäftigt waren, erhalten den Vorzug.

Meldungen unter Beifügung der Zeugnisabschriften, des Lebenslaufes und Angabe der Gehaltsansprüche wollen **spätestens bis zum 9. Juli d. Js.** bei der unterzeichneten Stelle eingereicht werden. 3583.2.1

Donaueschingen, den 29. Juni 1900.

**Großh. Bezirksbauinspektion.**

---

# Vorzügliche Jagd- und Feuerwaffen:

| | | |
|---|---|---|
| Einl. Hinterlader, Centralflinten | von M. | 18.— an |
| Doppelflinten | „ „ | 33.— „ |
| Winchester-Schrot-Repetiergewehre 6 Schuss | „ | 95.— |
| Selbstspanner, Büchsen | von „ | 30.— an |
| Grasgewehr, Mod. 71 | „ | 18.50 |
| Pürschbüchsen, Militärgewehre Modell 88 | „ | 58.— |
| Repetierpürschbüchsen, 300 Meter Fleckschuss | „ | 78.— |
| Dreiläufige Gewehre | von „ | 140.— an |
| Selbstspanner, Dreiläufer mit automat. Visir | „ „ | 230.— „ |
| Büchsflinten | „ „ | 100.— „ |
| Jagdcarabiner | „ „ | 16.— „ |
| Percussionsgewehre | „ „ | 12.— „ |
| Einläuf. leichte Vogelflinte | „ „ | 24.— „ |
| Stockflinten, beste Construction | „ „ | 27.— „ |
| Flobert-Scheibenbüchsen | „ „ | 14.— „ |
| Knaben-Floberts | „ „ | 7.— „ |
| Taschen-Teschings | „ „ | 2.50 „ |
| Remington, Präcisions-Carabiner | „ „ | 16.— „ |
| Scheiben-Pistolen, Mariette-Verschluss | „ „ | 15.50 „ |
| Neueste Repetier-Pistole, 10 Schuss 1000 Meter Visir | „ | 90.— |
| Luftgewehre | von „ | 16.50 an |
| Knabenluftgewehre | „ „ | 7.50 „ |
| Revolver, Centralfeuer | „ „ | 7.— „ |
| Offiziers-Armee-Revolver | „ „ | 17.— „ |
| Jagdstöcke | „ „ | 4.25 „ |
| Rucksäcke | „ „ | 2.50 „ |

***Munition, Ladeutensilien, Wildlocker, Raubtierfallen etc.***

**Neuer Prachtkatalog** mit über **450 Abbildungen** gegen 20 Pfg. in Briefmarken. (Neueste Waffen in noch nie dagewesener Auswahl), durch das: 2741.26.7

**Deutsche Waffen- und Munitionslager**
**St. Ludwig i. Elsass.**

---

Wir suchen für unseren Bezirk tüchtige Acquisiteure geg. hohe Provision und Gehalt. Auch honorieren wir stille Mitarbeiter für Zuweisung von Kandidaten bestens.

**Nebenverdienst** ist dadurch Jedermann geboten. Nähere Auskunft erteilt gerne die **Generalagentur der Allgemeinen Versorgungsanstalt** in **Karlsruhe,** Westendstraße Nr. 14. 166.12.10

---

# Wilhelm Weigle,

**Neu Ulm.**

**Internationales Bureau für Heiraten** jeden Alters u. Standes. Grossartigste Gelegenheiten bis zu den höchsten Mitgiften. 3584.1

Gewissenhafte u. prompte Bedienung kraft meiner weitverzweigtesten Verbindungen in ganz Deutschland, Oesterreich und der Schweiz.

---

# Möbel.

**Großes Lager** in sämtlichen **Polster- und Kastenmöbeln, Tische, Stühle, Spiegel, Bettfedern, Roßhaar** zu den **billigsten Preisen. Kompl. Aussteuern** und **ganze Zimmereinrichtungen werden noch besonders berücksichtigt.** 471.52.24

**Lud. Seiter,**
**Möbel- und Tapeziergeschäft, Waldstraße 7.**

---

**Heirat** suchen über **500 reiche Damen.** Auskunft u. Bilder erh. Sie sofort zur Ausw. „Reform", Berlin 14. Senden Sie nur Adresse. 3176.13.10

---

2918.10.6

# Zur Haarpflege

empfehle **Rausch's Haarwasser** à Fl. M. 1.60 u. M. 3.

**H. Bieler, Kaiserstr. 227,**
**Spezialhaus für Haarpflege und Damen-Coiffure.**

---

2772.10.7

**Großes Lager vorzüglicher**

# Weiss- u. Rotweine.

Billige Tischweine im Faß und feinste Jahrgänge in Flaschen. 3178

# Moselweine

**zu 60, 75, 90, 100, 120, Pfg. pr. Liter im Faß oder per Flasche.**

**Preislisten u. Proben frei in's Haus.**

# C. Jessen,

**Karlstraße 29a, Karlsruhe.**

---

***Krankenwagen,***

neue und gebrauchte, **unter Garantie** zu vermieten und zu verkaufen bei

**A. Jörg, Mechaniker,**
**Karlsruhe, Kaiserstr. Nr. 170.**
**Eigene Reparatur-Werkstätte.** 3436.10.3

---

# Pädagogium Neuenheim

bei **Heidelberg.** Kleine Klassen: **Sexta-Secunda.** Alle a. Klasse II in 7 Kursen abgegangenen Schüler bestanden die **Einj.-Freiw.-Prfg. Kleines Familien-Pensionat.**

1283.25.4 Dr. phil. **Volz.**

---

In Baden eingeführte süddeutsche erste

# Zentralheizungsfabrik

sucht gegen Provision und Spesen für das Großherzogtum Baden

# Vertreter,

am liebsten Ingenieur, mit Wohnsitz in Karlsruhe.

Gefl. Angebote an die Exp. d. Bl. unter Nr. 3506.2.2.

---

# Tanz-Unterricht.

**Für meine akadem. Kurse sind noch Damen-Anmeldungen erwünscht.** 3574.14.2

**Aug. Ehmer,** Amalienstr. 25.

---

Einige Waggons

# Malzkeime

hat **für sofort lieferbar** abzugeben

**J. P. Bernhd Petz,**
**Futterartikel-Geschäft, Coburg.** 3563.3.2

Bei Anfrage Referenzen erbeten.

---

**Größere Quantums**

**reinen Kuhstrohdungs**

**zu kaufen gesucht.**

Off. unt. **F. N. 4101** an **Rudolf Mosse, Neustadt a. Hdt.,** erbeten. 3458.5.2

---

**120 Mk. per Monat**

u. s. hohe Prov. Altbek. **Ia. Hamburger** Haus sucht **sof. überall** resp. Herren z. **Cigarrenverk.** an Wirte, Händler 2c. Off. u. **W. 3321** an **G. L. Daube & Co., Hamburg.** 3581.1

---

**Specialität:**
Schwedische und astreine amerikanische

# Zimmer-Thüren

Futter, Bekleidungen etc.

**Emil Funcke.**
**Haupt-Comptoir und Musterlager:**
**Coblenz,** Schlossstr. 7,
wohin alle Anfragen zu richten sind.
**Lager: Frankfurt a. M.** Niedenau 15
Illustr. Preislisten gratis und franco.

379.52.52

---

# 3 Stern-Sekt

feine trockene Marke

**F. A. Siligmüller**
**Würzburg.**

8. bes. d. d. Weinhandlungen.

1348.26.3

Druck und Verlag der Badischen Landeszeitung, G. m. b. H., Hirschstraße Nr. 9 in Karlsruhe.